

### 1. Dafür steht DIE LINKE

DIE LINKE steht für individuelle Freiheit und soziale Teilhabe, für Gerechtigkeit, Solidarität, Frieden und Mitbestimmung. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und ringen um eine andere Politik.

DIE LINKE setzt sich ein für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung. Dazu gehören die Beteiligung der Beschäftigten an ihren Unternehmen, die Förderung von Genossenschaftseigentum und die Re-Kommunalisierung strukturbestimmender Bereiche. Wenn etwa die öffentliche Hand Geld ausgibt, um einen Betrieb zu unterstützen, sollte im Gegenzug die Belegschaft an diesem Unternehmen auch beteiligt werden. Wir wollen, dass die zentralen Bereiche unserer Gesellschaft den Menschen dienen und nicht dem Profitstreben. Die Daseinsvorsorge gehört ebenso in öffentliche Hand wie die gesellschaftliche Infrastruktur, die Energiewirtschaft und der Finanzsektor.

DIE LINKE ist kompromisslose Friedenspartei. Wir fordern den Rückzug der Bundeswehr aus den Auslandseinsätzen sowie ein Verbot von Rüstungsproduktion und Rüstungsexporten. Rüstungsunternehmen sollen ihre Produktion auf nichtmilitärische Produkte umstellen (Konversion). Deutschland und die EU dürfen sich weder an Völkerrechtsbrüchen und Kriegen beteiligen noch diese direkt oder indirekt unterstützen. Keine Soldaten, keine Waffen, kein Geld für die Kriege dieser Welt! DIE LINKE lehnt eine Militarisierung der Außenpolitik ab.

DIE LINKE findet sich nicht mit Armut ab und kämpft gegen sie an. Hartz IV in der jetzigen Form wollen wir abschaffen und ein armutsfestes Existenzminimum durchsetzen. Niemand soll mit weniger als 1.050 Euro (netto) auskommen müssen. Deshalb wollen wir die Grundsicherung entsprechend erhöhen und setzen uns für eine Mindestrente in dieser Höhe ein. Jede und jeder hat einen Anspruch auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, unabhängig von der Größe des Geldbeutels.

DIE LINKE kämpft für ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit. Dazu ist ein echter flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn unerlässlich – ohne Ausnahmen und in einer Höhe, die sowohl im Arbeitsleben als auch im Alter wirksam vor Armut schützt. Nötig sind außerdem ein umfassender Kündigungsschutz, ein Verbot von Leiharbeit sowie ein engagiertes Vorgehen gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Scheinselbstständigkeit. Hartz IV muss abgeschafft und durch eine solidarische Arbeitslosenversicherung ohne Sanktionen und auf existenzsicherndem Niveau ersetzt werden.

DIE LINKE steht für ein gerechtes Steuersystem, das Gering- und Mittelverdiener entlastet und gleichzeitig Millionen-Einkommen, -Vermögen und -Erbchaften sowie Kapitalerträge und Konzerngewinne deutlich stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranzieht.

DIE LINKE tritt ein für ein gerechtes Gesundheitssystem für alle. Grundlage dafür ist eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle Einkommen einzahlen und die für alle gleichermaßen im Bedarfsfall die nötigen medizinischen und pflegerischen Leistungen übernimmt. Ein Zweiklassen-System, das Privatversicherte besserstellt und gesetzlich Versicherten viele Leistungen vorenthält, lehnen wir ab.

DIE LINKE will gute, gebührenfreie und für alle zugängliche Bildung von der Krippe über Ausbildung und Studium bis zur Weiterbildung.

DIE LINKE unterstützt die kulturelle Vielfalt im Land und fordert die Teilhabe aller am kulturellen Reichtum unserer Gesellschaft. Der Staat hat die Pflicht, Kultur zu schützen und zu fördern. Deshalb sollte Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen werden.

DIE LINKE steht für mehr Demokratie. Wir kämpfen für eine stärkere Mitarbeiter-Beteiligung in den Betrieben, für mehr direkte Demokratie und für ein Recht auf politischen Streik. Wir setzen uns für den Ausbau der Bürgerrechte und die Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche ein. DIE LINKE will ein Verbot von Unternehmensspenden an Parteien nach französischem Vorbild.

DIE LINKE streitet für den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz sind keine Widersprüche sondern gehören zusammen. Wir brauchen ein nachhaltiges, ressourcensparendes und umweltbewahrendes Wirtschaften. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist richtig und lange überfällig. Jetzt muss Energie aber auch für jeden erschwinglich und verfügbar bleiben. Die Förderung etwa des Ausbaus von Solarenergie und der Wärmedämmung muss verstärkt werden.

DIE LINKE stellt sich couragiert gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen den Hass auf alles, was anders ist. Wir kämpfen gegen jegliche Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Alters, des sozialen Status, der Weltanschauung, der Religion, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung und Identität oder aufgrund jedweder Behinderungen. Jeder Mensch soll seine Fähigkeiten, Fertigkeiten und Talente entfalten und sich einbringen können, niemand soll außerhalb stehen müssen.

DIE LINKE strebt eine geschlechtergerechte Gesellschaft an und fordert eine konsequente Gleichstellungspolitik ein. Wir wollen ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft auf den Weg bringen, das Unternehmen, die Frauen oder Männer in Bezahlung, Aufstieg und Verantwortung benachteiligen, verpflichtet, Gleichstellungsmaßnahmen einzuführen. Die Frauenquote für Aufsichtsräte ist für uns ein Schritt in die richtige Richtung.

## **2 Unser Saarland – eine Heimat für alle**

### **2.1 Ein Saarland der Solidarität, des Fortschritts und der Gerechtigkeit**

DIE LINKE will ein Saarland für alle. Unsere Politik soll nicht in erster Linie jenen zugutekommen, die ohnehin schon bessergestellt sind - sondern allen Bürgerinnen und Bürgern. Dafür wollen wir dem sozialen Ausgleich im Land wieder Bedeutung verschaffen. DIE LINKE steht für ein Saarland der Solidarität, in dem alle die gleichen Möglichkeiten haben – unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Religion oder sexueller Orientierung.

DIE LINKE kämpft für ein Saarland des wirtschaftlichen Fortschritts und der guten Arbeit. Wir stehen für eine moderne Wirtschaftspolitik, die an den traditionellen Stärken eines Industrielandes anknüpft und diese auf zukunftssträchtigen Gebieten weiter entwickelt. Echter wirtschaftlicher Fortschritt ist für uns auch immer der Fortschritt für die Beschäftigten. Wir wollen ein Wirtschaftssystem fördern, das ihnen deutlich mehr Mitspracherechte einräumt und sie am von ihnen erarbeiteten Reichtum wirklich beteiligt. DIE LINKE will ein Saarland der fairen Löhne und Arbeitsbedingungen.

DIE LINKE steht für ein Saarland der Bildung. Wir stehen für ein Schulsystem, das kein Kind zurück lässt, statt Auslese die Förderung in den Mittelpunkt stellt und in dem die soziale Herkunft keine Rolle spielt. DIE LINKE will die Hochschullandschaft an der Saar in ihrer Breite sichern und zukunftsweisende Schwerpunkte ausbauen.

DIE LINKE kämpft für ein Saarland der öffentlichen Daseinsvorsorge. Schulen, Krankenhäuser, der ÖPNV, Sicherheitsbereiche oder die Energieversorgung müssen in öffentlicher Hand bleiben und dürfen nicht weiter privatisiert werden.

DIE LINKE steht für ein Saarland, das eng mit den europäischen Nachbarländern verbunden ist. Wir wollen insbesondere die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Beziehungen in der Großregion weiterentwickeln. Damit wollen wir zugleich zur Entwicklung eines sozialen, friedlichen und demokratischen Europas beitragen.

Wir wissen: Nicht alle unsere Vorhaben werden von einem auf den anderen Tag umzusetzen sein. Die bloße Verwaltung des Sachzwangs ist aber für uns keine Alternative. DIE LINKE steht zu ihren Träumen und Visionen, sie will ihnen in kleinen Schritten näher kommen. Richtschnur unseres Handelns bleibt ein Saarland der Solidarität, des Fortschritts und der Gerechtigkeit.

## **2.2 Das Saarland und seine Finanzen – eine Existenzfrage**

Politische Programme können nicht losgelöst von der Finanzierungsfrage entwickelt werden – dies gilt insbesondere für das Haushaltsnotlageland Saarland. Dreh- und Angelpunkt für die Zukunftsfähigkeit des Saarlandes ist eine nachhaltige Sanierung der Landesfinanzen. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass das Land als eigenständiges Bundesland weiterhin bestehen kann. Kein anderes Flächenland in Deutschland leidet dermaßen unter seiner Haushaltnotlage. Nachdem in den 90er-Jahren zumindest eine Teilentschuldung des Landes erreicht werden konnte, haben die CDU-geführten Regierungen seit 1999 den Schuldenstand des Saarlandes mehr als verdoppelt. Sie haben zudem im Bundesrat jahrelang Steuersenkungen zugestimmt, durch die die Einnahmen des Landes immer weiter gesunken sind. In der Summe betragen diese Einnahmeverluste pro Jahr mittlerweile rund 242 Millionen Euro für das Land und 132 Millionen Euro für die Kommunen.

Durch die Schuldenbremse soll bis zum Jahr 2020 die Neuverschuldung auf null sinken und das strukturelle Defizit des Landes abgebaut werden. Die anderen Parteien versuchen, dieses Ziel vornehmlich über Ausgabenkürzungen zu erreichen. Dies halten wir für falsch. Dringend notwendige Initiativen für Einnahmeverbesserungen durch eine gerechtere Steuerpolitik sind ausgeblieben, große Vermögen oder Erbschaften bleiben nach wie vor unangetastet. Dem Land haben CDU und SPD einen harten Sparkurs verordnet. Diese Politik hat ein entscheidendes Manko: Die Kürzungen belasten die betroffenen Bevölkerungsgruppen, senken die Attraktivität des Landes, zehren dessen Infrastruktur aus – und werden dennoch nicht ausreichen, um die angehäuften Schulden abzutragen und die Landesfinanzen in Ordnung zu bringen.

DIE LINKE hat die Schuldenbremse und ihre Auswirkungen auf die Landespolitik stets abgelehnt, weil sie das Land in eine Sackgasse geführt haben. Mit der Schuldenbremse wird das Bild der sparsamen Hausfrau auf die öffentliche Hand übertragen. Dies führt jedoch zu ökonomischen und finanzpolitischen Fehlschlüssen, denn Schulden sind nicht gleich Schulden. Wenn sie gemacht werden, um in die Entwicklung des Landes zu investieren, dann zahlen sie sich am Ende aus. Schulden sind vertretbar, wenn ihr Ertrag höher ist als die Investition.

DIE LINKE will kein hemmungsloses Schuldenmachen. Wir kritisieren aber die derzeitige Umsetzung der Schuldenbremse als reines Kürzungsprogramm, mit dem jegliche sinnvollen Investitionen in die Zukunft auf der Strecke bleiben. Im Bereich der saarländischen Infrastruktur wird dies bereits heute deutlich.

Vor allem im Süden Europas hat man gesehen, dass einseitige Kürzungsprogramme die wirtschaftliche Tätigkeit abwürgen und bestehende Schuldenberge letztlich sogar vergrößern. Wir wollen einen anderen Weg gehen.

DIE LINKE engagiert sich für ein eigenständiges Saarland, das von seinen Einnahmen leben kann. Weil wir weg wollen von der kalten Politik nach Kassenlage, kämpfen wir dafür, dass das Land und die Kommunen wieder eine finanzielle Ausstattung erhalten, mit der sie ihren Aufgaben nachkommen können. Dabei sind strukturelle Einnahmeverbesserungen eine zentrale Voraussetzung. Ohne sie steht die Existenz des Saarlandes auf dem Spiel.

Die Vorstellung, das Land könne seine unverschuldete Haushaltsnotlage aus eigener Kraft überwinden, ist illusorisch. Ohne Lösung der Altschuldenfrage und eine dauerhafte Behebung strukturell bedingter Einnahmeverluste sind auch die eigenen Sparbemühungen zum Scheitern verurteilt. DIE LINKE bleibt bei ihren Forderungen nach einem Altlastenfonds für Haushaltsnotlageländer und einer grundsätzlichen Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Mit dem Bund und den anderen Ländern ist eine Lösung anzustreben, durch die das Gesamtsteueraufkommen zwischen den einzelnen Ebenen so verteilt wird, dass auch das Saarland finanziell wieder Luft zum Atmen bekommt.

Für mehr Einnahmen braucht es auch und gerade eine neue Steuerpolitik, die sowohl sozial gerechter ist, als auch zu mehr Einnahmen für die Länder führt. Weil die Schulden auf der einen Seite nichts anderes als die Vermögen auf der anderen Seite sind, müssen Reiche und Superreiche endlich ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Deshalb kämpft DIE LINKE für Steuergerechtigkeit: eine deutliche Anhebung der Erbschaftsteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer und die Wiedereinführung einer verfassungskonformen Vermögensteuer als Millionärsteuer sind zentrale Instrumente für eine Steuerpolitik, mit der das Land wieder auf solide finanzielle Füße gestellt werden kann. Ein solcher Kurswechsel verschafft dem Land wieder Spielräume, um Politik nicht mehr nur zu verwalten, sondern wirklich zu gestalten.

### **3.1. Unser Saarland – stark und gerecht**

#### **...wirtschaftlich**

Das Saarland ist traditionell Industrieland und Produktionsstandort. Die Industrie bildet den Kern und das Fundament unserer Wirtschaft. Zahlreiche Dienstleistungen sind unternehmensbezogen und eng mit dem produzierenden Gewerbe verflochten. Es gilt daher, den industriellen Bereich nachhaltig zu sichern. Die Forderung der LINKEN nach einem „Masterplan Industrie“ wurde inzwischen von der Landesregierung mit dem Programm „Saarland Industrieland“ aufgegriffen. Damit werden wichtige industriepolitische Elemente benannt. Notwendig ist ein breiter gesellschaftlicher Diskurs über die Zukunft der saarländischen Industrie, in den insbesondere auch die Gewerkschaften und die Belegschaften einzubeziehen sind.

DIE LINKE fordert die Einrichtung eines regionalen Beteiligungsfonds („Saarlandfonds“). Neben der Förderung von Existenzgründungen und Neuansiedlungen soll er den Bestand der vorhandenen Industrie sichern. Er hat die Aufgabe, insbesondere kleine und mittlere Betriebe im Krisenfall zu schützen und dabei eine Belegschaftsbeteiligung aufzubauen.

DIE LINKE tritt für die Demokratisierung der Wirtschaft ein. Eigentum entsteht durch Arbeit, nicht durch Erbschaft oder Spekulation. Die Belegschaftsbeteiligung ist ein wichtiger Schritt für mehr Mitbestimmung und Demokratie in den Unternehmen. Wenn die Belegschaft selbst Beiträge erbracht hat und/oder Steuergelder zur Rettung von Unternehmen eingesetzt werden, soll die Belegschaft das Recht auf Anteile erhalten.

DIE LINKE will neue Wege in der Wirtschaftsförderung gehen und Gemeinwohlorientierung zum Maßstab wirtschaftspolitischen Handelns machen. Der Gewinn privater Investoren hat oft nichts mit dem Nutzen für das Gemeinwohl zu tun. Unternehmen sollen daher nicht nur am wirtschaftlichen Erfolg gemessen werden, sondern auch an den Zielen der Bedürfnisbefriedigung, der Lebensqualität und dem Gemeinwohl. Je sozialer, ökologischer, demokratischer und solidarischer Unternehmen agieren und sich organisieren, desto besser ist dies für das Gemeinwohl. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, Krediten oder Bürgschaften sollte daher berücksichtigt werden, welchen Nutzen die Allgemeinheit davon hat: wie ein Unternehmen seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter behandelt, wie es sie bezahlt und an Entscheidungen beteiligt, zu welchen Bedingungen Waren produziert oder Dienstleistungen angeboten werden. Hierzu sollen im Saarland erste Pilotprojekte angestoßen und politisch gefördert werden.

Große Shopping Malls gibt es im Saarland mittlerweile zur Genüge. In zahlreichen Ortschaften stehen aber immer mehr Ladenlokale leer: Kleine Läden vor Ort sind dem Wettbewerbsdruck der großen Ladenketten in der Regel nicht gewachsen und müssen schließen. Dies gefährdet nicht nur gewachsene Strukturen und Arbeitsplätze, sondern auch die Funktionsfähigkeit und Attraktivität gewachsener Innenstädte, Stadtteilzentren und Ortskerne. DIE LINKE ist die einzige politische Kraft im Saarland, die eine weitere Ausbreitung von Einkaufszentren und großflächigen Einzelhandelseinrichtungen gebietsunabhängig untersagen will, um die Verödung der Innenstädte zu stoppen und die Inhaber kleinerer Ladenlokale zu schützen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die verkaufsoffenen Sonntage deutlich reduziert und langfristig abgeschafft werden. Zwar sind sie für einige Innenstädte ein Kundenmagnet. Wirtschaftlich betrachtet werden die Umsätze aber nur von den Wochentagen auf die Sonntage verschoben.

### **...beschäftigt**

Die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie die Bekämpfung prekärer Beschäftigung müssen Schwerpunkte saarländischer Politik sein. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Situation der Langzeitarbeitslosen zu richten.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die den Fachkräftebedarf sichert, Fördermaßnahmen wieder ermöglicht, ausreichende Eingliederungsmittel sicherstellt, prekäre Beschäftigung eindämmt sowie Weiterbildung und Qualifizierung gewährleistet, kostet natürlich Geld – rechnet sich aber. DIE LINKE fordert daher, dass das Saarland im Bundesrat eine Initiative startet, um die Kürzung der Mittel im Zuge der sogenannten Instrumentenreform rückgängig zu machen.

Psychische Belastungen am Arbeitsplatz müssen verringert und die Arbeit altersgerecht gestaltet werden. Die Ursachen vieler Erkrankungen liegen - auch im Saarland – in der beruflichen Unsicherheit infolge von prekären Beschäftigungsverhältnissen einerseits sowie permanenter Erreichbarkeit und Überarbeitung andererseits. Daher muss der Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessert und um eine wirksame Anti-Stress-Verordnung ergänzt werden. DIE LINKE will dazu die Mitbestimmung bei Arbeitszeiten und Zielvereinbarungen in den Betrieben stärken.

DIE LINKE setzt sich für eine Form öffentlich geförderter Beschäftigung ein, die den Kriterien der „guten Arbeit“ genügt. Wir wollen das Beschäftigungsprogramm „ASaar“ zu einem Konzept mit dem Namen „Saar.sozial“ fortentwickeln, um öffentlich geförderte Beschäftigung langfristig und in verbesserter Form zu sichern. Für uns muss öffentlich geförderte Beschäftigung existenzsichernd, uneingeschränkt sozialversicherungspflichtig, unbefristet sowie freiwillig sein. Sie muss tariflich entlohnt werden - mindestens in der Höhe des geltenden Mindestlohnes. Landesmittel sind dort einzusetzen, wo die gebündelten Mittel nicht zur Zahlung des Tariflohnes ausreichen - etwa bei höher Qualifizierten.

Im Zentrum dieser Tätigkeiten sollte das öffentliche Interesse stehen, die Daseinsvorsorge für die hier lebenden Menschen. Soziale und ökologische Dienste sind etwa in den Bereichen kulturelle und schulische Bildung, Verbesserung der sozialen Infrastruktur, bei der Unterstützung von Seniorinnen und Senioren, der Integration von Migrantinnen und Migranten und dem Umweltschutz anzusiedeln. Die Finanzierung von „Saar.sozial“ ist zu sichern durch Förderungen aus dem Europäischen Sozialfonds, Mittel des Eingliederungsbudgets, Entgelte aus sogenannten Ein-Euro-Jobs sowie den zur Verfügung stehenden passiven Mitteln aus Arbeitslosengeld II (Passiv-Aktiv-Transfer). Ähnlich wie in Baden-Württemberg ist der Passiv-Aktiv-Transfer umgehend als Modellprojekt einzuleiten. Mittelfristiges Ziel der Landesregierung muss es sein, ihn über Bundesratsinitiativen bundesweit zu ermöglichen.

Die Anfang 2015 weggefallenen Bürgerarbeitsplätze, die sich als notwendig herausgestellt haben, etwa die Schulbusbegleitung für Grundschüler, sind in eine Regelfinanzierung zu überführen und vorrangig den bisherigen Stelleninhaberinnen und Stelleninhabern anzubieten. Zur Verfügung stehende Mittel aus §16e SGB II („Förderung von Arbeitsverhältnissen“) sind koordiniert und stärker zu nutzen als bisher.

### **...innovativ**

Die saarländische Innovationspolitik ist für die Entwicklung der Wirtschaft von zentraler Bedeutung und muss grundlegend anders ausgerichtet werden. Die derzeitige Politik der Landesregierung beruht auf einem einseitig technologischen Verständnis von Innovationen. Notwendig ist jedoch ein ganzheitlicher Ansatz, der die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einbezieht und auf die Entwicklung einer betrieblichen Innovationskultur mit Personal- und Kompetenzentwicklung sowie partizipativen Organisationsstrukturen abzielt. Die beste Grundlage für betriebliche Innovation ist gute Arbeit. Wir wollen Innovationspolitik mit der Förderung von guter Arbeit verbinden und damit eine Brücke zu den Gewerkschaftskonzepten „Gute Arbeit“ und „Besser statt billiger“ schlagen.

Wenngleich die Innovationspolitik der Landesregierung neben der Informatik oder der Nanotechnologie inzwischen auch Industriebranchen wie etwa die Automobilindustrie zu den besonders förderungswürdigen Bereichen („Cluster“) zählt, so ist der Bezug zu den Säulen der wirtschaftlichen Entwicklung und damit die regionale Verankerung dennoch unzureichend. Dies wollen wir ändern.

Technische Neuerungen sind nicht nur auf der High-Tech-Ebene zu fördern, sondern ebenso in den herkömmlichen Industrien, wo sie nicht weniger nötig sind. DIE LINKE will die Innovationspolitik stärker mit der industriellen Entwicklung verzahnen, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien. Bildungspolitik und Innovationspolitik müssen stärker integriert werden. Wir wollen sie grenzüberschreitend anlegen und enger mit den europäischen Nachbarn kooperieren.

### **...sozial**

Armut ist ein gravierendes Problem in allen Altersstufen, insbesondere im Saarland. Hier hat die Armut bundesweit am stärksten zugenommen. Inzwischen ist fast ein Viertel der Saarländerinnen und Saarländer im Alter zwischen 18 und 24 Jahren arm. Bei unseren Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist ein Fünftel bereits arm oder von Armut bedroht. Auch die Altersarmut breitet sich aus, zumal das Rentenniveau zusehends sinkt. Nahezu 20 Prozent der saarländischen Seniorinnen und Senioren über 65 Jahren sind betroffen. So bekam mehr als jeder zweite Rentner im Saarland 2012 eine Rente unter dem Grundsicherungsbedarf von 706,- Euro. Die Tendenz ist steigend - und dies bei leeren öffentlichen Kassen.

Für die Menschen im erwerbsfähigen Alter sieht die Situation inzwischen ähnlich aus. Erwerbslosigkeit bedeutet in den meisten Fällen ein Leben in Armut. Die Statistiken belegen, dass bundesweit mehr als jeder zweite Erwerbslose in Armut leben muss. Häufig geht damit auch ein gesellschaftlicher Abstieg einher.

Gleichzeitig ist die Zahl derjenigen, die trotz Arbeit in Armut leben müssen, seit Ende der Neunziger Jahre auf über drei Millionen gestiegen. Die Zahl der sogenannten Aufstockerinnen und Aufstocker – jener Menschen also, die zusätzlich zu ihrer Arbeit noch finanzielle staatliche Unterstützung beantragen müssen, um ihre Existenz zu sichern - steigt. Wir brauchen daher einen echten gesetzlichen Mindestlohn ohne Ausnahmen und auf einem Niveau, das sowohl im Arbeitsleben als auch im Alter wirklich vor Armut schützt – für DIE LINKE heißt das: Kein Stundenlohn unter zehn Euro!

Mit der Agenda 2010 wurden die gewerkschaftliche Kampfkraft und die Fähigkeit zur Tarifbindung massiv beschnitten. Folge davon war, dass über viele Jahre die Reallöhne gesunken sind. Dies war nicht nur sozial höchst ungerecht, sondern hat auch die Kaufkraft geschwächt und war damit wirtschaftlich kontraproduktiv. Die Umverteilung von unten nach oben muss beendet werden. DIE LINKE engagiert sich für eine offensive Lohnpolitik. Dies liegt nicht nur im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern ist auch wirtschaftlich geboten. Auch dem Missbrauch von Werkverträgen, dessen Ausmaße beispielsweise beim Bau des Center-Parcs am Bostalsee sichtbar wurden, muss Einhalt geboten werden. Hartz IV wollen wir abschaffen und durch eine solidarische Arbeitslosenversicherung ohne Zwangsmaßnahmen ersetzen. Niemand soll mit weniger als 1.050,- Euro auskommen – denn unter dieser Summe droht Armut. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine Absicherung aller Kinder und Jugendlichen mit einer entsprechenden ausreichenden Kindergrundsicherung ein, fordert eine ausreichende Mindestrente und eine wirkliche Mindestsicherung. Kinder dürfen kein Armutsrisiko darstellen, denn klar ist: arme Kinder kommen aus armen Familien. Daher dürfen auch Alleinerziehende nicht mit ihren Problemen allein gelassen werden. Gute Bildungsangebote und ausreichende kostenfreie Kinderbetreuungsplätze helfen ebenso bei der Bekämpfung von Armut wie eine gute Gesundheitsversorgung.

Um Armut wirksam zu bekämpfen, ist ein Umsteuern in der Wirtschafts-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik nötig. Länder und Kommunen können diese Hilfe nicht alleine leisten. Sie brauchen eine solide finanzielle Ausstattung, die ihren Aufgaben angemessen ist. DIE LINKE bleibt dabei: Wer gegen die Armut angehen will, der muss Reichtum entschieden und gerecht besteuern, bei gleichzeitiger Entlastung von Normal- und Geringverdienern.

Umsteuern gelingt nur mit der Einführung von armutsfesten Löhnen ohne Ausnahmen. Um soziale Gerechtigkeit auch im Saarland voranzubringen, spielt das Recht auf menschenwürdiges Wohnen eine zentrale Rolle. DIE LINKE fordert daher ein Wohnungsaufsichtsgesetz, das sich am Beispiel Nordrhein-Westfalens orientiert. Wohnungseigentümer sollen in die Pflicht genommen und verbindliche Mindeststandards festgelegt werden. Werden die Mindeststandards nicht erfüllt, sollen Wohnungsämter Instandsetzungen anordnen oder eine Wohnung für unbewohnbar erklären können. Wohnungseigentümer können in diesem Falle verpflichtet

werden, Ersatzwohnraum zur Verfügung zu stellen. Verstöße gegen das Gesetz werden zudem mit Bußgeldern bis zu 50.000 Euro geahndet.

Wir wollen uns mit Obdachlosigkeit nicht abfinden und sind davon überzeugt, dass wir hier auch neue Wege gehen müssen. Bislang gibt es bei uns ein strikt abgestuftes Hilfesystem von Notunterkünften, Übergangswohnheimen, betreutem Wohnen bis hin zur eigenen Wohnung. Für jede Stufe müssen Obdachlose vorab bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Dieser schrittweise Aufstieg scheitert aber häufig, Abstürze sind vorprogrammiert. DIE LINKE fordert daher ein Landesprogramm, das sich am erfolgreichen „Housing First“-Ansatz aus dem US-Bundesstaat Utah orientiert. Die Vermittlung von Obdachlosen in eigene Wohnungen soll dabei nicht mehr länger an Bedingungen wie erfolgreicher Drogen- oder Alkoholentzug oder Berufstätigkeit geknüpft werden. Die Erfahrungen auch in Bremen und in andere Staaten wie Australien, Finnland, Frankreich, Kanada und Österreich zeigen, dass dabei für den Staat insgesamt keine Mehrkosten entstehen: Mittel, die der Staat für Polizei- und Noteinsätze, Gefängniszeiten und Gesundheitskosten pro Obdachlosem im Schnitt zahlen muss, sind deutlich höher als die Kosten für die heutige Unterbringung inklusive der Beschäftigung von Sozialarbeitern.

### **...gesund**

Die medizinische Versorgung darf keine Frage der persönlichen Brieftasche, sondern muss für alle bezahlbar sein. Darum setzt sich DIE LINKE auf Bundesebene für eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege ein, in die alle Menschen entsprechend ihres Einkommens (Erwerbs-, Kapital- und andere Einkommen) einzahlen und die im Bedarfsfall alle medizinischen und pflegerischen Leistungen übernimmt. Dadurch könnten wir die chronische Unterfinanzierung unseres Gesundheitssystems beenden und bessere Angebote, Versorgungsleistungen sowie eine bessere Betreuung für alle anbieten. Im Sinne der Gerechtigkeit sollen auch die Arbeitgeber wieder die Hälfte der Beiträge zur Krankenversicherung übernehmen.

Gesundheit ist keine Ware. Daher muss das Gesundheitssystem als Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge organisiert werden, in dem Profit nicht die ausschlaggebende Größe ist. Eine Privatisierung öffentlicher Krankenhäuser im Land lehnen wir ab. Gleichzeitig wollen wir den Zusammenschluss aller öffentlichen, freigemeinnützigen und christlichen Träger zu einem Verbundklinikum mit mehreren Standorten im Saarland prüfen, das in öffentlicher Hand demokratisch beaufsichtigt wird.

Der Personal-Mangel in Krankenhäusern, Pflegeheimen und der ambulanten Versorgung muss dringend beseitigt werden. DIE LINKE setzt sich für eine verbindliche, aus dem medizinischen Bedarf abgeleitete Personalbemessung ein.

Das Land muss Sorge tragen für eine bedarfsdeckende wohnortnahe Versorgung. Die grundsätzliche Entscheidung über die Krankenhausstruktur darf nicht auf Kassen und Kliniken abgewälzt werden.

Auf Bundesebene treten wir für eine spürbare Erhöhung des Leistungsniveaus der Pflegeversicherung ein. Alle Menschen sollen selbstbestimmt entscheiden können, ob sie ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege- oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen wollen. Dafür ist ein Ausbau des bezahlbaren, barrierefreien Wohnraums unerlässlich. Wir wollen die Solidarität in der Rentenversicherung stärken und auch Zeiten der Pflege von Angehörigen deutlich besser absichern.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, allen im Saarland lebenden Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eine Gesundheitsversorgung zu garantieren.

An der AIDS-Prävention zu sparen, ist eine Milchmädchen-Rechnung, denn ein Anstieg der HIV-Neuinfektionen wird für die Gesellschaft deutlich teurer. Daher wollen wir die Aidshilfe mit ihrem Streetwork-Programm „Gudd druff“ und dem zielgruppenorientierten Projekt BISS für männliche Jugendliche und Erwachsene, die gelegentlich oder dauerhaft der Prostitution nachgehen, weiterhin auf hohem Niveau fördern. Gleiches gilt für Projekte zur Integration von HIV-positiven Saarländerinnen und Saarländern.

Im ambulanten Pflegedienst und in Pflegeheimen ist der Zeitplan der Beschäftigten oftmals so straff, dass er gar nicht oder kaum eingehalten werden kann. Der Zeitdruck, dem das Personal und die Patienten ausgesetzt sind, ist immens und auf Dauer für niemanden akzeptabel. Erst durch gute Arbeitsbedingungen wird eine qualitativ hochwertige Pflege möglich. Daher brauchen wir mehr Personal in den saarländischen Pflegeeinrichtungen und ein anderes Zeitplanungskonzept.

Die Berechnung der Pflegestufe muss mehr auf den jeweiligen Patienten abgestimmt werden. Der Mensch ist keine Maschine, kein Tag ist wie der andere. Dies trifft im besonderen Maße auf Menschen zu, die an Alzheimer und Demenz erkrankt sind.

DIE LINKE fordert Kontrollen der Heimaufsicht nicht nur in den ersten drei bis vier Monaten, sondern das ganze Jahr hindurch.

### **3.2 Unser Saarland – lebendig und mit Zukunft**

#### **...gebildet**

DIE LINKE fordert das Recht auf Bildung für alle. Bildung darf nicht auf ökonomisch verwertbaren Wissenserwerb reduziert werden. Vor diesem Hintergrund fordern wir eine Stärkung der geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächer an den Schulen, insbesondere im Bereich der politischen Bildung. Leider entscheidet immer noch vielfach die soziale Herkunft über den Bildungserfolg. Das muss sich ändern. Von der KiTa bis zur Erwachsenen-Weiterbildung soll jede und jeder die gleichen Möglichkeiten haben. In jedem Fall müssen auf allen Bildungsstufen die Erziehung zu sozialer Kompetenz und die individuelle Förderung gleichwertig neben der Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten stehen.

Kinderbetreuungsplätze müssen in ausreichender Quantität und Qualität gebührenfrei und ganztägig zur Verfügung stehen. Die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen müssen an die Lebensbedingungen der Familien angepasst werden. Kleine Gruppen und ein angemessener Betreuungsschlüssel zwischen Kindern und Erziehungspersonal sind notwendig, damit eine bestmögliche Förderung der Fähigkeiten und Unterstützung bei der Überwindung von Schwächen gewährleistet sind. Die schwierigen Herausforderungen in den frühkindlichen Bildungseinrichtungen können nur durch eine bessere Personalausstattung und mit mehr Erzieherinnen und Erziehern auf Hochschulniveau bewältigt werden – insbesondere vor dem Hintergrund steigender Zahlen von Kindern mit Migrationshintergrund. Daher tritt DIE LINKE dafür ein, mehr Erzieherinnen und Erzieher auszubilden, sie besser zu qualifizieren und besser zu bezahlen, gerade auch mit Blick auf den zu Recht erleichterten Übergang zur Grundschule und den damit verbundenen Förderaufgaben.

Zurückgehende Schülerzahlen sind als Chance für Qualitätsverbesserungen im Schulbereich zu nutzen – und nicht als Begründung zum Abbau von Lehrerstellen. Der von der „Großen Koalition“ geplante Abbau von bis zu 600 Stellen ist unverantwortlich. Schon heute kämpfen die saarländischen Schulen mit Lehrermangel, zu großen Klassen und Unterrichtsausfall.

Unser langfristiges Ziel bleibt: eine Schule für alle. DIE LINKE setzt sich ein für die Gemeinschaftsschule von Anfang an, in der alle von der ersten Klasse bis zum Schulabschluss ganztägig gemeinsam lernen können. Die Grundschule ist die wichtigste Schule und braucht die besten Bedingungen. DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Lehrerstellen auch im Grundschul-System verbleiben – insbesondere zur Bewältigung neuer Aufgaben wie etwa der Umsetzung der Inklusion. Zur Entlastung der Grundschulleiter sind mehr Verwaltungspersonal, die gleiche Unterrichtsverpflichtung und verlässliche Leitungsstrukturen wie an anderen Schulformen nötig.

Die Einführung der Gemeinschaftsschule - eine der zentralen Forderungen der LINKEN – haben wir im Landtag mit unseren Stimmen ermöglicht. Nun stehen zwei Säulen – Gemeinschaftsschule und Gymnasium – auf Augenhöhe in der Verfassung. Gemeinschaftsschulen sollen alle Kinder und Jugendlichen - unabhängig von persönlichen und sozialen Voraussetzungen – zum bestmöglichen Lernfortschritt und zum höchstmöglichen Schulabschluss führen. Dazu braucht die neue Schulform mehr personelle Ressourcen.

Gerade kleinere Gemeinschaftsschulen im ländlichen Raum brauchen Zeit, um sich zu entwickeln, ihr Profil zu schärfen und dafür zu werben. Die „Große Koalition“ jedoch lässt schon nach zwei Jahren Schulschließungen zu und nimmt damit vielen Ortschaften im Saarland die Schule. DIE LINKE fordert deshalb eine Änderung des Schulordnungsgesetzes, um Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern Planungssicherheit für die wohnortnahe Schule zu geben. Die Auswahl der Schulform darf nicht von einem Schulweg mit hohen Fahrtkosten abhängen.

Das achtjährige Gymnasium G8 mit seiner hohen Lernstoffdichte führt für viele Schülerinnen und Schüler zu erheblichem Leistungs- und Zeitdruck. Immer mehr Schülerinnen und Schüler nehmen daher teure private Nachhilfe in Anspruch, was sich viele Familien nicht leisten können. Diesen Weg in die Privatisierung von Bildung wird DIE LINKE nicht mittragen.

Viele Eltern protestieren wieder für ein neunjähriges Gymnasium G9. DIE LINKE will dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und an Gymnasien die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 schaffen. Gleichzeitig brauchen die Gemeinschaftsschulen ein tragfähiges Oberstufenkonzept, um das Abitur nach 9 Jahren als Alternative zum Gymnasium anbieten zu können.

Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule wollen wir aufwerten. Die beruflichen Schulen tragen zur Durchlässigkeit im Bildungssystem und damit zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei. DIE LINKE will Unterrichtsausfall und Lehrermangel an den beruflichen Schulen im Saarland Schritt für Schritt beseitigen. Zügige Ausschreibungs- und Besetzungsverfahren, eine standortspezifische Lehrerreserve und eine bessere Personalausstattung sind wichtige Schritte in Richtung Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung.

DIE LINKE strebt eine Aufstockung von Lehrerstellen an allen Schulformen an, nicht zuletzt um die Umsetzung der inklusiven Schule, die auch angesichts der zu begrüßenden vermehrten Aufnahme von Flüchtlingen im Saarland vor besondere Herausforderungen gestellt wird, wirklich gelingen zu lassen. Für die Lehrerinnen und Lehrer sind attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsbelastung, der Menge unterrichtsfremder Aufgaben, der Besoldung und der Beförderungsmöglichkeiten.

Für DIE LINKE ist der Ausbau der Ganztagschulen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die im Dialog zwischen Land, Schulträgern, Schulleitungen, Lehrern, Eltern und Schülern vollzogen werden muss. Wenn der Bedarf besteht und Eltern und Schüler sich eine Ganztagschule wünschen, dann sollte dies auch von Seiten des Landes umgesetzt werden können und nicht am Widerstand Einzelner scheitern. Dabei könnte ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz hilfreich sein. Damit wirklich jedes Kind gleiche Bildungsmöglichkeiten hat und der Schulerfolg nicht vom Geldbeutel und der Vorbildung der Eltern abhängt, sind mehr gebundene

Ganztagschulen in allen Schulformen notwendig – möglichst wohnortnah, kostenfrei und mit ausreichender Betreuungszeit am Nachmittag.

Elterliche Beschwerden über Unterrichtsausfälle nehmen zu - DIE LINKE will dies mit einer „echten“ Lehrerfeuerwehr wirksam bekämpfen. Dazu gehört mehr Personal.

Aufgrund der Nähe zu Frankreich ist das Erlernen der französischen Sprache eine Chance für unsere Region. Wenn der Französischunterricht vom Kindergarten bis zur weiterführenden Schule qualitativ und quantitativ stärker ausgebaut werden soll, müssen mehr Muttersprachlerinnen und Muttersprachler im frühkindlichen und schulischen Bereich eingesetzt werden. Die Grundschullehrer-Ausbildung im Saarland mit einem Schwerpunkt Französisch-Unterricht ist eine weitere Möglichkeit für eine aktive Sprachenpolitik, die das Interesse an der französischen Kultur und das Image der französischen Sprache steigert. Gleichzeitig muss im öffentlichen Schulsystem berücksichtigt werden, dass Englisch zunehmend zur einzigen gemeinsamen Sprache wird.

Die Lehrerausbildung muss an die Schulwirklichkeit angepasst und einer neuen Lernkultur gerecht werden. Künftige Lehrkräfte brauchen mehr Berufs- und Praxisbezug, sowohl im Studium als auch im Vorbereitungsdienst. Das fordert DIE LINKE seit Jahren. Die Bedingungen in den Studienseminaren wollen wir verbessern. Gezielte Fort- und Weiterbildung der Auszubildenden, Unterrichtspraktika zu Beginn des Studiums und eine bessere Kooperation mit den Ausbildungsschulen sind unser Ziel. Junglehrerinnen und Junglehrer brauchen berufliche Perspektiven – mit festen Planstellen statt befristeten Verträgen. Wenn die Schulen immer mehr leisten sollen, müssen auch die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen stimmen.

Beim Religionsunterricht steht DIE LINKE für die Wahlfreiheit. Dabei sollte Islamunterricht an allen Schulen ins Auge gefasst werden. Wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer, die in der Lage sind, Islam-Unterricht in deutscher Sprache anzubieten. Es wird schwierig sein, den Bedarf an ausgebildeten Lehrern für deutschsprachigen Islamunterricht zu decken. Deshalb muss auch über die Möglichkeit einer Zusatzqualifikation für Lehrkräfte im Saarland nachgedacht werden. DIE LINKE unterstützt es ferner, dass schon ab Klassenstufe eins Ethikunterricht angeboten werden soll. Perspektivisch plädieren wir für die Einführung des Schulfachs „Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde“ (LER) nach Brandenburger Vorbild.

Schulen sollten Lernorte sein, an denen sich unsere Kinder und Jugendliche frei und unabhängig entwickeln können. DIE LINKE lehnt daher Einflussnahme von Verbänden, Organisationen, Lobbygruppen und Unternehmen im Unterricht ab. Die Bundeswehr hat genauso wenig an unseren Schulen zu suchen wie Firmenvertreter. Gesponserte Unterrichtsmaterialien, mit deren Hilfe Lobbyisten Stimmung machen wollen, müssen verboten werden.

Die Herausforderungen der Inklusion können nur im Miteinander der bestehenden Strukturen bewältigt werden. DIE LINKE strebt zusätzliche Förderlehrerinnen und Förderlehrer sowie eine sonderpädagogische Grundversorgung an allen Regelschulen an. In städtischen Ballungsgebieten ist eine Förderschullehrkraft pro Jahrgang einzuplanen. Kleinere Klassen und mehr Lehrkräfte sind notwendige Weichenstellungen für die Zukunft der inklusiven Schule.

DIE LINKE steht für eine neue Lern- und Förderkultur an den Schulen. Viele Schülerinnen und Schüler erleben das Sitzenbleiben als massiven Misserfolg. Sie dürfen nicht alleine gelassen und vor allem nicht auf private kostenpflichtige Nachhilfe verwiesen werden. Je früher eine individuelle Förderung einsetzt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die geförderten Schülerinnen und Schüler zum Leistungsstand der Gleichaltrigen aufschließen. Das Wiederholen einer Klassenstufe kann eine gezielte Förderung nicht ersetzen.

Der Ausbau von Ganztagschulen bietet die Chance, dem Schultag einen anderen Rhythmus zu geben und mit Nachmittagsangeboten Bewegung, Sport und Spiel in den Tagesablauf von Kindern und Jugendlichen zu bringen. Das ist auch auf dem angestrebten Weg zur inklusiven Schule unerlässlich.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften tritt DIE LINKE für eine Ausbildungsplatzumlage ein. Alle Betriebe, die sich nicht an der Ausbildung junger Menschen beteiligen, sollen in einen Fonds einzahlen. Wer ausbildet, erhält hieraus Unterstützung. DIE LINKE kämpft für das Recht aller Jugendlichen auf eine qualifizierte Berufsausbildung. Sie fordert einen besseren Jugendarbeitsschutz und mehr Mitbestimmung in Betrieben, Berufsschulen und Ausbildungsstätten. Damit alle Auszubildenden sich eine eigenständige Lebensführung leisten können, sind höhere Ausbildungsvergütungen und eine bessere Ausbildungsförderung notwendig.

DIE LINKE will, dass sich nicht nur diejenigen weiterbilden können, die bereits ein hohes Bildungsniveau haben. Weiterbildung darf auch nicht vom Geldbeutel abhängen. Alle müssen die Möglichkeit haben, einen Bildungsabschluss nachzuholen, eine Fortbildung zu belegen oder sich beruflich neu zu orientieren. Zu einer starken vierten Säule unseres Bildungssystems kann die Weiterbildung nur werden, wenn sie auf eine stabilere finanzielle Grundlage gestellt wird: durch mehr Engagement der Unternehmen in der betrieblichen Fortbildung, durch eine deutlich umfangreichere Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit sowie durch einen Ausbau der Förderleistungen durch Bund, Länder und Kommunen. Wir wollen die Volkshochschule als qualitativ hochwertige Bildungseinrichtung, die allen offen steht, bedarfsorientiert ausbauen. Zur Nutzung von Synergieeffekten und zur differenzierten Erweiterung der Angebote ist verstärkt auf Kooperationen mit anderen Einrichtungen, beispielsweise Musikschulen, Kulturämtern, Museen, Bibliotheken, Vereinen etc. zu setzen.

Für DIE LINKE sind Hochschulen Entwicklungszentren. Wenn hier gekürzt wird, kann ein Land nur schwerlich vorankommen. Der Hochschul-Entwicklungsplan der Landesregierung folgt einer reinen Sparlogik und verliert sich in Details der universitären Strukturen, die in die Autonomie der Hochschulen fallen. Die Rahmenbedingungen, die grundsätzlichen Ziele und Leistungserwartungen, die eigentlich durch einen Hochschulentwicklungsplan definiert werden sollen, bleiben im Nebel. Die Universität ist keineswegs nur Kostenfaktor, sondern eine Investition in die Zukunft des Landes – mit rund 5.000 Beschäftigten und Studierenden, die durch Konsum einen Beitrag leisten. Ein attraktiver Hochschul- und Wissenschaftsstandort Saar mit steigenden Studierendenzahlen ist keine Angelegenheit der Hochschulen allein, sondern eine öffentliche Aufgabe. Dazu gehört eine verlässliche und bedarfsgerechte Ausstattung mit finanziellen Mitteln. Schon jetzt gibt das Saarland deutlich weniger für seine Hochschulen aus als fast alle anderen Bundesländer, nämlich rund 279 Euro pro Einwohner und Jahr. Im deutschlandweiten Schnitt sind es rund 362 Euro. Gemessen am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt ist das Saarland bei den Ausgaben für seine Hochschulen am unteren Ende der Statistik. Vor diesem Hintergrund sind weitere Kürzungen nicht hinnehmbar. Die Universität darf nicht auf eine Dienstleistungseinrichtung für die Region verkürzt werden. Externe Berater aus der Wirtschaft können hilfreich sein, dürfen aber die Autonomie der Hochschulen und die Gewährleistung öffentlicher Interessen nicht gefährden. Die Saar-Uni muss Volluniversität bleiben und darf nicht zur Randsparte verkommen. Die öffentliche Spardiskussion hat dem Hochschulstandort Saar heute schon geschadet.

Ihre besonderen Schwerpunkte hat die Universität in der Informatik und in der europäischen Ausrichtung. Zur Profilbildung der Universität gehört aber auch der Ausbau von Schwerpunkten wie Nano-, Bio-, und Medizintechnologie sowie die Verstärkung im Bereich der Ingenieur- und Materialwissenschaften – einschließlich der Ansiedlung eigener Forschungsinstitute. Die klassischen geisteswissenschaftlichen Fächer gehören zur „Universitas“ und sind zu erhalten. Die geplanten Kürzungen beim Lehramtsstudium sind und bleiben in Zeiten

von Unterrichtsausfall und Lehrermangel kaum zu verantworten. Ebenso wenden wir uns gegen die Einsparungen in den naturwissenschaftlich-technischen Bereichen Physik, Chemie, Materialwissenschaften und Mechatronik, weil sie für Struktur und Entwicklung des Landes eine unverzichtbare Rolle spielen. Ebenfalls ein Defizit stellt der Mangel an Gesellschaftswissenschaften dar. Sicherlich wäre es illusionär, eine neue Fakultät aufbauen zu wollen. Es sollte jedoch darüber nachgedacht werden, wie vorhandene Ansätze ausgebaut und miteinander verknüpft werden können, um die gesellschaftskritische Reflexion auch der universitätseigenen Forschung zu ermöglichen. Eine notwendige Ergänzung sehen wir in der Entwicklung eines regionalwirtschaftlichen Forschungsschwerpunkts in Zusammenarbeit der Wirtschaftswissenschaften und der Geografie. Immer mehr Leistungen an den Hochschulen mit immer weniger Geld kann es nicht geben. DIE LINKE unterstützt die dringend notwendige BAföG-Reform. Eine Ausweitung des BAföG ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass mehr junge Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ein Studium aufnehmen und erfolgreich abschließen können. Das Saarland muss besonders darauf dringen, die Zuständigkeiten des Bundes für die Bildungs-, Hochschul- und Forschungspolitik zu gewährleisten.

DIE LINKE fordert, dass die BAföG-Ersatzgelder komplett in die Grundfinanzierung der Hochschulen einfließen und ausreichend Mittel für gutes Personal bereitstehen. Für dauerhafte Aufgaben an den Hochschulen müssen auch Dauerstellen geschaffen werden können, um das Lehr- und Forschungsangebot zu verbessern. Der prekären Beschäftigung auf dem Campus ist der Kampf anzusagen. Gute Arbeit in der Wissenschaft darf kein Schlagwort sein – dafür wird DIE LINKE sich einsetzen. Das Land muss zudem gewährleisten, dass Studierende ausreichend bezahlbaren Wohnraum campusnah vorfinden. DIE LINKE tritt für den voll umfänglichen Erhalt des Studienkollegs an der Saar-Uni ein. Das Studienkolleg ermöglicht gerade EU-Ausländern und Nicht-EU-Bürgerinnen und –Bürgern, die Studien-Voraussetzungen innerhalb von zwei Semestern zu erwerben. Es gibt im Land keine vergleichbare Einrichtung. Damit kann der internationale Schwerpunkt an der Universität weiter entwickelt werden.

DIE LINKE tritt dafür ein, die Zugangsbeschränkungen für die saarländischen Hochschulen zu senken und den Numerus Clausus abzuschaffen. In einem Prozess mit allen Beteiligten sind Alternativen zur Zulassungsbeschränkung zu entwickeln. Wer mehr Akademikerinnen und Akademiker will, der muss die Hochschulen öffnen. Das kostet natürlich Geld, bringt dem Land aber auch mehr gut ausgebildete junge Menschen - und das ist gut für den Wirtschaftsstandort Saarland.

Darüber hinaus fordert DIE LINKE von den Saarländischen Hochschulen grundsätzlich mehr Transparenz beim Einwerben von Drittmitteln aus der Wirtschaft. Diese sind notwendig und eine Anerkennung für Forschungserfolg - damit darf jedoch die eigentliche Aufgabe der Universität, die freie Wissenschaft, nicht in den Hintergrund gedrängt werden. DIE LINKE setzt sich daher für eine ausfinanzierte Grundlagenforschung ein, die durch Bund und Länder gemeinsam geleistet werden sollte.

Wir wollen keine Rüstungsforschung an unseren Hochschulen, sondern eine ausschließlich auf Frieden ausgerichtete Forschung und Lehre. Dazu fordert DIE LINKE die Verankerung der Zivilklausel in den Regelwerken für saarländische Hochschulen und Forschungseinrichtungen. An 14 deutschen Hochschulen sind solche Zivilklauseln bereits eingeführt worden. DIE LINKE schlägt vor, auf die Erstellung eines Kodex für zivile Forschung und Lehre hinzuwirken. Darin könnten beispielsweise Leitlinien zur Auswahl der Drittmittelgeber enthalten sein. Eine weitgehende Transparenz von Forschungsprojekten, Auftraggebern und Finanzvolumen erscheint dringend geboten.

**...kulturvoll**

Kultur ist mehr als der Beton des vierten Pavillons. DIE LINKE unterstützt aber den Erweiterungsbau des Saarlandmuseums und sieht in den neuen Planungen einen echten Fortschritt. Dass die CDU-Landesregierungen die Bevölkerung über die wahren Kosten dieses Baus getäuscht haben und die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz offenbar mit Wissen der zuständigen Minister sittenwidrige Verträge abgeschlossen hat, darf nicht darüber hinweg täuschen, dass ein Neubau erforderlich war. Die angedachte Gestaltung der Außenfassade durch den international renommierten Konzeptkünstler Michael Riedel stellt aus unserer Sicht eine deutliche Aufwertung der saarländischen Landeshauptstadt und der Kulturszene im Land dar.

Kultur bedeutet für uns Alltagskultur und hohe Kunst zugleich, kulturelles Erbe und Subkultur. Mehr noch, Kultur ist das Fundament unserer Gesellschaft als demokratisches Gemeinwesen. Wir wollen daher günstige Rahmenbedingungen und Freiräume schaffen, damit sich die Künste und das kulturelle Leben in unserem Land weiter entwickeln können. Der Staat hat die Pflicht, Kultur zu schützen und zu fördern. Wir setzen uns daher für den Erhalt der öffentlichen Kulturförderung ein und wollen die vielgestaltige kulturelle Szene unterstützen – von den öffentlichen Einrichtungen über die freie Szene, gemeinnützige Projekte und Initiativen bis hin zu kleinen Unternehmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft.

Wir haben im Saarland eine starke, lebendige, vielfältige Kulturlandschaft. Diese wollen wir erhalten und angemessen fördern. Wir stehen zu einer angemessenen Finanzierung der öffentlichen Theater im Land – vom Großen Haus des Saarländischen Staatstheaters, über die Alte Feuerwache und die Sparte 4 in Saarbrücken, das Kinder- und Jugend-Theater Überzwerg – ebenso wie der Museen, Bibliotheken und Programmkinos. Auch die freie Kulturszene und die Kleinkunst-Szene wollen wir unterstützen und fördern. Kultur stellt nicht nur einen wesentlichen Teil zur Lebensqualität der Menschen in unserem Land dar, er ist auch ein Standortvorteil, wie bundesweit angesehene Veranstaltungen und Projekte wie das Max-Ophüls-Festival, das Straßentheater-Festival „Perspectives“, der Kleinkunstpreis „St. Ingberter Pfanne“ oder die „Musikfestspiele“ regelmäßig beweisen. Wir wollen prüfen, inwieweit das Land eine neue „Saarphilharmonie“ unterstützen kann, wie es der ehemalige Ministerpräsident Müller (CDU) ursprünglich einmal versprochen hatte.

Das Weltkulturerbe Völklinger Hütte ist ein Aushängeschild für unser Land. Wir wollen es nicht nur erhalten, sondern mit immer neuen Ideen, Ausstellungen und Veranstaltungen lebendig erhalten.

Kultur ist kein Luxus, sondern wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft und unseres Lebens. Das Kooperationsverbot muss ganz aufgehoben und das Zusammenwirken von Bund und Ländern bei der Kulturfinanzierung endlich auf eine gesicherte Grundlage gestellt werden. Damit auch Städte und Gemeinden kulturelle Initiativen und Projekte angemessen fördern und unterstützen können, muss die Finanzierung der Kommunen endlich deutlich verbessert werden. Alle Menschen sollen Zugang zu kulturellen Einrichtungen haben. Deshalb setzen wir uns in den Kommunen für einen Sozialpass ein, damit auch Arbeitslose, Geringverdienende sowie Bezieherinnen und Bezieher kleiner Renten beispielsweise Museen, Bibliotheken, Musikschulen, Theater und Programmkinos besuchen können. Wir wollen einen solchen Sozialpass auf Landesebene prüfen. Damit alle Zugang zu kulturellen Einrichtungen haben, müssen öffentliche Kulturstätten auch barrierefrei erreichbar sein. In der Kultur- und Kreativwirtschaft sind ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, schlechte Bezahlung und Arbeitsbedingungen leider besonders verbreitet. DIE LINKE setzt sich dafür ein, Praktika als Lernverhältnisse zu regeln, Mindestentgelte festzusetzen und alle Selbstständigen in den Schutz der Sozialversicherungen einzubeziehen. Die Künstlersozialversicherung muss erhalten und ausgebaut und die öffentliche Kulturförderung auch an die Einhaltung sozialer Standards gebunden werden.

DIE LINKE wendet sich gegen eine schrankenlose Liberalisierung und Verwertung kultureller Leistungen, gegen Privatisierungen und den Abbau öffentlicher Infrastruktur. Zudem bekennen wir uns zur Beibehaltung der Buchpreisbindung, die auch elektronische Medien erfasst.

Wir wollen einen Kultur-Entwicklungsplan 2020 für das Saarland, in dem die kulturpolitischen Schwerpunkte und Zielsetzungen dargestellt werden. Wir fordern eine Stärkung der Museumslandschaft und sehen in einer Zusammenlegung der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz und des Historischen Museums Saar die Möglichkeit, Mittel im Verwaltungsbereich einzusparen, die in Ausstellungen investiert werden könnten. Das Saarlandmuseum (Moderne Galerie und Alte Sammlung, Museum in der Schlosskirche), das Museum für Vor- und Frühgeschichte, die Römische Villa Nennig und das Deutsche Zeitungsmuseum sind bereits unter dem einheitlichen Dach der Stiftung - das Historische Museum würde gut in diese „Familie“ passen.

Zur Kultur gehört auch das bauliche Erbe. Der Schutz dieses Erbes spielt derzeit leider nur eine untergeordnete Rolle. Wir wollen das ändern. Es darf nicht dabei bleiben, dass Denkmäler abgerissen werden können, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse keinen Erhalt oder keine Sanierung zulassen. Auf diese Weise bringt sich ein Land um seine Kulturgüter. Der Erhalt von Baudenkmalern bringt selten Profit. Aber das darf auch nicht das einzige Kriterium sein. Zum Schutz unseres kulturellen Erbes darf der Landesdenkmal-Rat kein zahnloser Tiger bleiben. DIE LINKE setzt sich daher für eine Neufassung des Denkmalschutz-Gesetzes ein.

### **..sportlich**

Sportplätze, Spielplätze und Sportvereine vermitteln Kindern und Jugendlichen früh Werte wie Teamgeist, Fairness, Respekt und Verantwortung. Sportvereine sind Orte, an denen junge Menschen Toleranz sowie die Einhaltung und Akzeptanz von Regeln lernen können.

Zur gesundheitlichen Prävention und Rehabilitation ist Sport unverzichtbar. Mangelnde Bewegung wirkt sich negativ auf die Lernfähigkeit der Kinder und Jugendlichen aus. Fit zu sein bedeutet aber auch für Erwachsene, sich besser und länger konzentrieren zu können. Breitensport, Bewegung und die Möglichkeit zur gesunden Ernährung wollen wir daher in Kitas, in Schulen, im Verein und auch im Betrieb umfassend fördern.

Sport- und Bolzplätze oder Schwimmbäder dürfen auch in Zeiten leerer öffentlicher Kassen nicht weggespart werden. Daher brauchen wir auf Bundesebene ein Sportstätteninvestitions-Programm, mit dem der Erhalt, die Sanierung, die Modernisierung und der Bau von Sportstätten und Sportanlagen für den Breitensport gefördert werden können. Wichtig ist hierbei, auch alle Interessengruppen, also Fans und Aktive, in ein Sportstätten-Gestaltungsprogramm einzubeziehen.

Angesichts der enormen Verschuldung der saarländischen Städte und Gemeinden ist zudem ein landesweites Bäderkonzept nötig, um sicherzustellen, dass alle Saarländerinnen und Saarländer ein Schwimmbad zu bezahlbaren Preisen in der Nähe haben.

Schwimmen muss ein fester Bestandteil der Lehrpläne in den allgemeinbildenden Schulen bleiben. Alle Schülerinnen und Schüler haben das Recht auf Schwimmunterricht, egal in welcher Gemeinde sie zur Schule gehen. Die Städte und Gemeinden, die diese Bäder betreiben, brauchen daher unbedingt die finanziellen Spielräume, damit sie den Schulschwimmunterricht sicherstellen können.

Bewegungs- und Sportförderung sollten schon vom frühkindlichen Alter bis zum Abitur ermöglicht werden. Kooperationen von Schulen und Kindergärten mit Sportvereinen wollen wir weiter fördern. Außerdem fordert DIE LINKE, an allen Schulen die dritte Sportstunde wieder einzuführen. Breitensport- sowie Leistungssport-

Förderung sind hierbei ebenso wichtig wie die spezielle Sportförderung für behinderte Kinder in Integrationsklassen.

Sport sollte ebenso wie Kultur als Staatsziel im Grundgesetz festgeschrieben werden. Nötig ist zudem ein Sportförderungsgesetz, das die Grundzüge der Sportförderung verbindlich und transparent festlegt. Doping- und Gewaltprävention wollen wir verstärken. Zur Finanzierung ist die Einführung einer zweckgebundenen Abgabe auf die Umsätze aus der lukrativen Sportwerbung zu prüfen.

### **...medial**

Eine demokratische Gesellschaft lebt vom Wettstreit der Ideen und Meinungen. Den Medien kommt dabei die zentrale Rolle zu, für umfassende Information sowie für Meinungs- und Willensbildung zu sorgen. Wir brauchen kritische Berichterstattung und unabhängigen Journalismus. Dies wird allerdings durch eine zunehmende Kommerzialisierung und Monopolisierung erschwert. Wenn sich die allermeisten Medien in der Hand einer kleinen Gruppe von Großkonzernen befinden, dann leiden die Meinungsvielfalt und die Unabhängigkeit der Berichterstattung. Wenn durch steigenden Kostendruck immer weniger Beschäftigte in den Redaktionen immer mehr Aufgaben übernehmen müssen und damit immer weniger Zeit zu eigener Recherche bleibt, dann nimmt die Qualität ab. Solche Entwicklungen erschweren es den Medien, ihre Kontrollfunktion wahr zu nehmen. Viele Journalistinnen und Journalisten leiden beispielsweise darunter, entgegen ihren eigenen Ansprüchen von ihren Geschäftsführungen zu einer besonderen Rücksichtnahme auf Werbekunden gedrängt zu werden. Öffentlich-rechtliche Medien sollten ein Gegengewicht zur Kommerzialisierung der Privaten sein. Doch allzu oft orientieren auch sie sich an Quoten oder dem Einfluss politischer Parteien im Rundfunkrat. Dies schadet dem Journalismus.

DIE LINKE steht zum Erhalt des Saarländischen Rundfunks (SR). Zu einem eigenständigen Saarland gehört auch ein eigenständiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk. Dieser braucht eine angemessene Finanzierung und eine Entwicklungsgarantie, auch im Bereich der neuen Medien. Internetangebote des SR, die unter Verwendung von Gebührengeldern produziert wurden, sollten den Gebührendzahlern auch zeitlich unbegrenzt im Internet zur Verfügung stehen. Rundfunk- und Verwaltungsrat wollen wir demokratisieren und die Einflussnahme politischer Parteien begrenzen. So soll künftig etwa die Belegschaft des SR einen Teil der Mitglieder des Verwaltungsrates selbst wählen können.

DIE LINKE bedauert es, dass die Mehrheit der Anteile an der Saarbrücker Zeitung als einzig verbliebener saarländischer Tageszeitung nicht im Saarland liegt. Weder konnte eine Schutzklausel vor einer weiteren Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse noch mehr Mitbestimmung der Beschäftigten durchgesetzt werden. Wir kritisieren die in Deutschland einmalige, auf Dauer angelegte, unzulässige Parteienfinanzierung durch die „Gesellschaft für staatsbürgerliche Bildung“, deren Anteile an der „Saarbrücker Zeitung“ seit 1969 die parteinahen Stiftungen von CDU, SPD und FDP finanzieren.

DIE LINKE steht zum privaten Hörfunk an der Saar. Bei der Vergabe von Lizenzen und Frequenzen sollten sowohl das Prinzip der Meinungsvielfalt als auch der Nutzen für das Land und den Medienstandort – etwa durch neue Arbeitsplätze – berücksichtigt werden.

Den Medienstandort Saarland wollen wir aufwerten und fördern. Wir sehen hierbei insbesondere die privaten Fernsehsender sowie das ZDF in der Pflicht. Sie dürfen das Saarland nicht vernachlässigen und müssen verstärkt auch in unserer Region produzieren. In § 3 des ZDF-Staatsvertrags ist geregelt, dass die Produktionen des ZDF „möglichst angemessen auf Produktionsstandorte in den Ländern verteilt werden“ müssen. Dies ist jedoch in der Vergangenheit nicht passiert. Private Fernsehsender drängen verstärkt auch auf den regionalen

Werbemarkt – weigern sich aber gleichzeitig beharrlich, hier im Saarland eigene Landesstudios und Produktionsstätten zu gründen. Dies ist nicht länger vertretbar. Wer im Saarland Geld verdienen will, der muss auch hier produzieren und Arbeitsplätze schaffen.

Der Zugang zum Internet ist für uns ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge und Bestandteil des soziokulturellen Existenzminimums. Jede und jeder soll gleichermaßen freien und ungehinderten Internetzugang erhalten. Die Sicherung der Netzneutralität darf nicht der Steuerung durch den Markt überlassen bleiben. Auf Bundesebene streben wir daher eine Überführung der Telekommunikations-netze in öffentliches und gemeinwirtschaftliches Eigentum an. Wir wollen im Saarland die flächendeckende Breitband-Versorgung mit schnellem Internet sicherstellen und sehen dies auch als wichtigen Teil nachhaltiger Infrastruktur- und Wirtschaftspolitik. Zensur und Netzsperrern wollen wir verhindern. Zum kritischen Umgang mit Medien gehört es, Inhalte zu hinterfragen. DIE LINKE sieht die Vermittlung von Medienkompetenz dabei als Querschnittsaufgabe an den Schulen im Land. Ob in Politik und Erdkunde, Deutsch und Geschichte, Französisch und Kunst - der Umgang mit Medien gehört ganz selbstverständlich dazu. Die Lehrpläne sollten daher entsprechend überarbeitet werden.

### **3.3 Unser Saarland - für Alle**

#### **...geschlechtergerecht**

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen im Beruf, in der Politik, in der Bildung, in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt. Für uns ist geschlechtergerechte Politik Gesellschaftspolitik und betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transgendern und Intersexuellen, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird.

Frauen werden auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor benachteiligt. DIE LINKE fordert gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und Aufstiegschancen unabhängig vom Geschlecht. Die strukturelle Unterbezahlung von Frauen muss beendet werden.

Rund 30.000 Saarländerinnen arbeiten derzeit im Niedriglohnsektor. Sie werden im Alter eine gesetzliche Rente unter dem Grundsicherungsniveau haben. Bereits heute sind mehr als 80 Prozent aller saarländischen Rentnerinnen davon betroffen. Der hohe Anteil Teilzeit-Beschäftigter im Saarland treibt insbesondere Frauen in die Altersarmut. Wir wollen die Teilzeit-Falle beenden und eine stärkere Anrechnung von Kindererziehung und Pflegezeiten bei der Rentenberechnung durchsetzen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht allein das Problem von Frauen sein. Wir sehen den Staat in der Pflicht, ausreichend Kinderbetreuungsplätze zu schaffen. Aber auch die private Wirtschaft steht in der Verantwortung. DIE LINKE unterstützt Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Eine Flexibilisierung von Arbeitszeit muss sich an den Wünschen und Erfordernissen der Familie orientieren. Daher unterstützt DIE LINKE auch die Allianz für den freien Sonntag im Saarland. Angebote für Betreuungszeiten müssen sich am Wohl des Kindes orientieren und nicht allein an der Struktur der Arbeitszeit in den Betrieben. Die Beschäftigten haben ein Recht auf mehr Zeitautonomie und brauchen die Möglichkeit, Beruf, Familie, Freizeit und kulturelles, soziales oder sportliches Engagement in ihren Alltag zu integrieren. Mütter und Väter sollen den gleichen Anspruch auf Elternzeit und Elterngeld erhalten.

Die Reallöhne in Deutschland sind im Zuge der unseligen Hartz-IV-Politik in den letzten Jahren kaum gestiegen, anders als in fast allen anderen europäischen Ländern. Gleichstellung bedeutet für uns aber nicht, dass alle

Geschlechter Niedriglohnjobs mit gleich mieser Bezahlung ausüben. DIE LINKE fordert ein Ende der Talfahrt der Löhne. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben - aber nicht gezwungen sein - beide Vollzeit zu arbeiten.

Weil die Berufswahl von Frauen und Männern noch immer stark geschlechtsspezifisch geprägt ist, wollen wir gezielt Betriebe fördern, die Frauen in nicht frauentypischen Berufen und Männer in nicht männertypischen Berufen ausbilden. In den Führungsetagen der Landesverwaltung und landeseigener Betriebe sind Frauen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wir fordern daher feste Zielvorgaben zu einer gleichstellungsorientierten Personalentwicklungsplanung.

### **...respektvoll**

Für uns ist klar: Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Wir fordern die völlige rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben und eine Öffnung der Ehe mit all ihren Rechten auch für Homosexuelle.

Wir stehen für eine aktive Anti-Diskriminierungspolitik. DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass der Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der Identität, der sexuellen Orientierung oder der Lebensweise in Artikel 3 des Grundgesetzes aufgenommen und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz mit einem echten Klagerecht für Verbände verbessert wird.

Die Entschädigung und Aufhebung der Unrechtsurteile der in der Bundesrepublik bis 1969 verfolgten schwulen Männer halten wir für überfällig. Auch Menschen, die heute aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, brauchen einen sicheren Aufenthaltsstatus im Saarland und dürfen nicht abgeschoben werden. Homo-, bi- und intersexuelle Menschen werden deutlich häufiger Opfer von Gewalttaten. In zahlreichen Fällen kommt es aber nicht zu einer Anzeige, weil sich die Opfer schämen oder Angst vor Repressalien haben. Deshalb sind vertrauensbildende Maßnahmen bei der saarländischen Polizei nötig. Die Unterstützung von Opfern homophober Gewalt muss gewährleistet sein.

An den Schulen ist „schwul“ noch immer eines der schlimmsten und meist genutzten Schimpfworte. Mobbing aufgrund der sexuellen Identität gehört leider zum Schulalltag. Die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss hier ansetzen, um sie auf solche Situationen vorzubereiten. An Schulen sollen offizielle Anlaufstellen für schwule Schüler und lesbische Schülerinnen eingerichtet werden. Der Respekt vor allen Menschen und allen Lebensweisen muss verstärkt in die Lehrpläne nicht nur des Sexualkundeunterrichts aufgenommen werden.

### **...jung**

Probleme in Familien haben vielfältige Ursachen. Ein wichtiges Mittel, um diese Probleme anzugehen, bleibt eine Kinder- und Jugendpolitik, die bestehende soziale Verwerfungen zu überwinden hilft. Jedes Jahr laufen Tausende Kinder und Jugendliche von zu Hause weg. Täglich versuchen Kinder und Jugendliche, sich das Leben zu nehmen, leider oft mit Erfolg. Steigende Kriminalitätsraten bei jungen Menschen unter vierzehn Jahren sind ein ernsthaftes Problem. Der Rückgang des Engagements in Vereinen, beim Sport und in der Kultur einerseits sowie die zunehmende Beschäftigung mit digitalen Medien andererseits sind Ausdruck eines wachsenden Individualismus, dessen Begleiterscheinungen immer auch kritisch hinterfragt werden sollten. Wir werden Kindern ihre Freizeitgestaltung nicht vorschreiben – gleichwohl wollen wir verhindern, dass soziale Hobbys und Aktivitäten an mangelnden finanziellen Mitteln scheitern, obwohl das Interesse der Kinder und Jugendlichen vorhanden ist.

DIE LINKE tritt auf allen Ebenen für die Rechte der Kinder ein. Ziel ist es, die Rechte, Kompetenzen und gesellschaftliche Stellung der Kinder zu stärken. Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft – so sollten wir sie auch behandeln. Sie sollten sich frei von Armut und wirtschaftlichen Zwängen entwickeln können. Immer mehr Kinder leben an der Armutsgrenze. Zahlreiche Kinder und Jugendliche aus dem Saarland waren und sind auf die Unterstützung des Staates angewiesen. Bei Kinderarmut geht es nicht nur um die finanzielle, sondern auch die materielle Armut im Hinblick auf Ernährung, Gesundheit und Zugang zu Bildungsmöglichkeiten. Verdachtsfälle von Kindeswohlgefährdungen sind in der Vergangenheit stetig gestiegen. DIE LINKE fordert daher, dass die Kinder- und Jugendhilfe im Saarland finanziell durch eine stärkere Beteiligung des Bundes gefördert wird.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben es in der Regel schwerer als deutsche. DIE LINKE fordert daher, dass die Sprachförderung ausgebaut wird.

Wir setzen uns für weitgehend gebührenfreie Zugänge zu öffentlichen kulturellen Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Theatern und Musikschulen ein. Insbesondere Jugendliche brauchen eigene Räume, in denen sie sich abseits von Kosten- und Konsumzwängen treffen und betätigen können. Öffentliche Jugendklubs sind für uns Bestandteile einer elementaren Daseinsvorsorge, die wir öffentlich organisieren und ausreichend ausstatten wollen. Dafür braucht es eine spürbar bessere Finanzausstattung der Kommunen. Die Teilhabe und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen muss verbessert werden, etwa durch die Errichtung kommunaler Jugendbeiräte und anderer Möglichkeiten wirklicher Teilhabe und Mitgestaltung. Damit Jugendbeiräte keine „zahnlosen Tiger“ sind, müssen sie verbindlich Mitspracherecht erhalten bei allen Themen, die Jugendliche unmittelbar betreffen. Zudem sollte ihre Handlungsfähigkeit auch durch ein eigenes angemessenes Budget sichergestellt werden.

Jugendkultur braucht Raum und muss gefördert werden. Sie besteht aus mehr als aus kommerziellen Festivals. Den Landesjugendring wollen wir ausreichend fördern. Gleiches gilt für Programme zur Anerkennung von Vielfalt und gegen Diskriminierung. Projekte wie „Schule ohne Rassismus“ und das „Netzwerk für Demokratie und Courage“ (NDC) sind dauerhaft abzusichern.

Jugendliche brauchen Zukunftsperspektiven. Die finden sie im Saarland zu selten. Derzeit sind junge Saarländerinnen und Saarländer deutlich häufiger als andere Altersgruppen von Leiharbeit, Niedriglöhnen und prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen. Fast die Hälfte aller Jugendlichen im Saarland arbeitet im Niedriglohnbereich, fast ein Drittel ist nur befristet beschäftigt. Die Anzahl geringfügig beschäftigter Jugendlicher hat sich in den vergangenen zehn Jahren nahezu verdoppelt. Auch hier zeigt sich: Ein flächendeckender gesetzlicher und armutsfester Mindestlohn ohne Ausnahmen und ein Verbot der Leiharbeit sind unabdingbar. Das Land braucht neue, zukunftssichere Vollzeit-Arbeits- und –Ausbildungsplätze. Die Mitbestimmungsrechte Jugendlicher im Betrieb wollen wir ausbauen und streben eine Stärkung der Jugend-Auszubildenden-Vertretungen an.

### **...generationengerecht**

Ein selbstbestimmtes Leben in Würde und sozialer Sicherheit muss auch im Alter möglich sein. Immer mehr saarländische Seniorinnen und Senioren müssen aber in Armut leben. Damit werden wir uns nicht abfinden. DIE LINKE fordert einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente und will die Absenkung des Renten-Niveaus rückgängig machen. Eine Privatisierung der Rente lehnen wir ab. Um Altersarmut zu bekämpfen, muss bereits im Berufsleben angesetzt werden. Wir fordern daher einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ohne Ausnahmen, der auch im Alter vor Armut schützt und einen generellen Anstieg der Löhne und Gehälter. DIE LINKE setzt sich für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe für Seniorinnen und

Senioren ein. Wir streben eine stärkere Mitsprache Älterer im politischen Entscheidungsprozess auf Bundes-, Länder-, Kreis- und Kommunalebene an.

Im Saarland brauchen wir mehr barrierefreien Wohnraum und eine wohnortnahe soziale Infrastruktur, damit Seniorinnen und Senioren wirklich selbstbestimmt leben können. Daher will DIE LINKE auch moderne Wohn- und Lebensformen für Seniorinnen und Senioren sowie Seniorengemeinschaften stärker fördern. In einem seniorengerechten Saarland muss die bedarfsgerechte Nahversorgung mit Gütern des täglichen Lebens auch im ländlichen Raum sichergestellt sein. Gerade Ältere können große Einkaufszentren auf der grünen Wiese nur schwer erreichen und leiden besonders unter dem Aussterben der Dorfkerne. Lebensmittel müssen so gekennzeichnet sein, dass Herkunft, Inhalt, Inhaltsstoffe, Menge und Preise auch für ältere Menschen lesbar sind.

Niemand soll im Alter alleine gelassen werden. Ältere Saarländerinnen und Saarländer sollen auch im Krankheits- oder Pflegefall in ihrem häuslichen Umfeld bleiben können. Dafür braucht es auch mehr ausgebildetes Altenpflege-Personal.

Zu einem würdevollen Leben gehört auch ein würdevolles Sterben. DIE LINKE fordert einen schnelleren Ausbau palliativmedizinischer Einrichtungen im Saarland. Gleichzeitig soll sich das Land auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Sterbehilfe gesetzlich neu geregelt wird. Unter strengen Regeln und mit ärztlicher Begleitung soll Hilfe zu einem selbstbestimmten, humanen und schmerzfreien Sterben ermöglicht werden.

### **...barrierefrei**

Inklusion ist ein übergreifendes Ziel – wir wollen es bei der Erarbeitung unserer Ideen und Konzepte auf Landesebene stets mitdenken. Alle Menschen – mit oder ohne Behinderungen – sollen barrierefrei, gleichberechtigt und in vollem Umfang am gesamtgesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ob Frühförderung, Schule, Arbeitsmarkt, Wohnen, Freizeit - im gesellschaftlichen Miteinander darf kein Lebensbereich die Frage der Inklusion ausblenden. Grundlage und Richtschnur unseres politischen Handelns ist dabei die UN-Behindertenrechtskonvention. Um die selbstverständliche Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten, ist vor allem die Durchsetzung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum eine zentrale Voraussetzung. Hierfür wollen wir uns einsetzen.

DIE LINKE will so genannte Förderschulen weitgehend abschaffen und die volle Inklusion von Kindern und Jugendlichen in die Regelschule durchsetzen. Wir wissen, dass dies nicht von heute auf morgen funktioniert. Aus den Augen verlieren werden wir es aber nicht. Notwendig ist eine sonderpädagogische Grundversorgung an allen Regelschulen. Saarländische Schulen müssen entsprechend ausgestattet sein, damit Inklusion nicht an Barrieren, dem Mangel an Lehrpersonal oder an fehlendem Fachpersonal der Jugendhilfe scheitert. Inklusion darf kein Sparmodell werden.

Die Umsetzung wichtiger und sinnvoller Inklusionsmaßnahmen stellt die Kommunen oft vor Probleme. Auch in diesem Bereich stehen wir daher für das Finanzierungsprinzip „Wer bestellt, der bezahlt“. Bei Maßnahmen, die auf Landes- oder Bundesebene entschieden worden sind, müssen den Kommunen auch ausreichende Finanzmittel für die Umsetzung zur Verfügung gestellt werden.

### **...gastfreundlich**

Für DIE LINKE ist der humanitäre Umgang mit verfolgten und zu schützenden Menschen Gradmesser für die Menschlichkeit einer Gesellschaft. Kein Mensch flieht freiwillig.

Wer aufgrund von Krieg, existenziellen Nöten und Verfolgung gezwungen ist, seine Heimat zu verlassen, der muss bei uns Schutz und Hilfe erhalten. Asylsuchenden steht das gleiche Recht auf Wohnung, Arbeit, die gleiche Grundsicherung und die gleiche Gesundheitsversorgung zu. Sie brauchen die Möglichkeit, schnellstmöglich an Integrations- und Deutschkursen teilzunehmen. Dies gilt auch für die im Saarland geduldeten Menschen. Flüchtlingsfrauen, die Opfer geschlechtsspezifischer Verfolgung geworden sind, bedürfen eines besonderen Schutzes. Junge (unbegleitete) Flüchtlinge sind ihren Kompetenzen und Fähigkeiten entsprechend speziell zu fördern.

Eine sofortige Verbesserung der Unterbringungsmöglichkeiten für Asylsuchende ist unabdingbar, eine schnelle dezentrale Unterbringung in den Kommunen halten wir für richtig. Die Höchstaufenthaltsdauer in der Landesaufnahmestelle Lebach wollen wir auf drei Monate begrenzen. Bei der Betreuung der Flüchtlinge müssen die Städte und Gemeinden personell und finanziell unterstützt werden. Um eine grundlegende medizinische Versorgung der Asylsuchenden sicherzustellen, fordert DIE LINKE die Einführung einer Gesundheitskarte nach dem sogenannten „Bremer Modell“, welches auch Hamburg übernommen hat.

Einbürgerungen müssen erleichtert werden. Alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben, müssen ein Bleiberecht erhalten. DIE LINKE fordert dazu eine entsprechende Bundesratsinitiative des Landes. Einwohnerinnen und Einwohner mit nicht deutscher Staatsbürgerschaft, die ihren rechtmäßigen Wohnsitz seit mindestens fünf Jahren in der Bundesrepublik Deutschland haben, sollen im Saarland ein aktives und passives Wahlrecht erhalten und an Bürgerinitiativen oder Bürgerbegehren sowie an Abstimmungen teilnehmen können.

Vereine und Verbände, die Integrationsarbeit leisten, müssen durch das Land aktiver gefördert werden. Maßnahmen zur Selbstorganisation der Flüchtlinge finden unsere Unterstützung. Der beste Schutz gegen Vorurteile gegenüber Asylsuchenden, Migrantinnen und Migranten sind aber vor allem Begegnungen zwischen den Menschen. Diese gilt es zu fördern.

### **...weltoffen**

Toleranz und Weltoffenheit sind eine Grundlage linker Politik. Gewalt lehnen wir grundsätzlich ab. Nationalistischen und fremdenfeindlichen Organisationen, Parteien oder Vereinen tritt DIE LINKE offensiv entgegen und klärt über deren menschenverachtende Politik auf. Naziparteien wie die NPD sowie ihr organisiertes Umfeld müssen verboten und aufgelöst werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, antifaschistische und antirassistische Organisationen und Verbände stärker zu fördern. Mit politischer Bildung und mit Engagement vor Ort muss Nazis und Rassisten der Nährboden entzogen werden. Dies gilt auch und gerade in der Schule, etwa durch Besuche von Zeitzeugen, Projektwochen oder Klassenfahrten.

DIE LINKE nimmt die politischen und persönlichen Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst. Aber nicht Migrantinnen, Migranten und ihre Familien sind das Problem für Armut und Arbeitslosigkeit in unserer Gesellschaft, sondern der ungezügelt Reichtum und die ungerechte Verteilung dieses Reichtums in unserem Land. DIE LINKE bleibt dabei: Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge.

In seinem realen Ausmaß noch bedeutsamer als Naziparteien und Organisationen ist der latente Rassismus im Alltag. Der Umgang damit, die Aufklärung und konkrete Gegenmaßnahmen müssen auch den Alltag linker Politik begleiten. Hier sind vor allem die Linksfraktionen in den saarländischen Kommunen gefragt, die täglich mit dieser Politik von NPD, AFD, aber auch Teilen der bürgerlichen Parteien konfrontiert sind.

### **3.4 Unser Saarland – natürlich und nachhaltig**

#### **...natürlich**

Wir wollen unsere Natur für die kommenden Generationen erhalten. Boden, Wasser, Luft und biologische Vielfalt im Saarland müssen geschützt werden. Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit sind für uns dabei keine Widersprüche sondern gehören untrennbar zusammen.

DIE LINKE will den Naturschutz stärken und lehnt eine Privatisierung der Flächen ab. Geschützte Flächen sollten in öffentlicher Hand oder in Trägerschaft von Umwelt- und Naturschutzverbänden verbleiben. Bei der Ausweisung der Natura-2000-Flächen muss das Land endlich vorankommen. Es ist niemandem zu vermitteln, dass drei Landesregierungen in elf Jahren nicht in der Lage waren, gemeldete Flächen als Naturschutzgebiete auszuweisen.

Unser Wald muss wirksamer vor den enorm hohen Säure-, Stickstoff- und Schadstoffeinträgen durch Abgase aus Industrie, Verkehr und Landwirtschaft geschützt werden. Dazu sind eine konsequente Luftreinhaltepolitik und eine Stärkung der naturnahen Waldwirtschaft nötig. Der Schutz der Luft vor Verunreinigungen und Feinstaub-Belastungen darf nicht allein auf die Kommunen abgeschoben werden, sondern muss auch auf Bundes- und Landesebene unterstützt werden. Daher fordert DIE LINKE schärfere verbindliche Vorschriften zur Luftfiltration und die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene.

Zum Schutz der Umwelt gehört auch der Schutz unseres Trinkwassers. Es dürfen keine unvorhersehbaren Risiken für Mensch und Umwelt in Kauf genommen werden, nur damit Großkonzerne noch mehr Profit machen können. DIE LINKE fordert daher ein umfassendes und striktes Verbot der extrem risikoreichen und sehr teuren Form der Gasförderung Fracking. Methan, Frac-Flüssigkeit sowie Schadstoffe wie radioaktive Isotope, Quecksilber und Benzol können durch Unfälle an den Bohrleitungen oder aufgebrochene Gesteinsschichten in das Grund- und Trinkwasser gelangen. Das darf die Politik nicht zulassen.

Beim Thema Grubenwasser sind die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen. RAG-Konzern und Landesregierung stehen in der Verantwortung. Die Flutung der ehemaligen Grubenstollen muss so lange ausgesetzt werden, bis alle möglichen Risiken und Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt zweifelsfrei und unabhängig geklärt sind – transparent und öffentlich. Die Gesundheit der Saarländerinnen und Saarländer sowie der Schutz unserer Natur dürfen nicht kurzfristigen Interessen des RAG-Konzerns geopfert werden.

Im Bundesrat muss das Land die Initiative ergreifen, damit ökologischer Landbau stärker gefördert und der Einsatz von Antibiotika deutlich strenger reguliert und dadurch reduziert wird.

#### **...energievoll**

Eine verantwortungsvolle Umwelt- und Energiepolitik muss folgende Prämissen berücksichtigen:

Natur-, Landschafts- und Artenschutz sind verpflichtend zu beachten. Schützenswerte Landschaften dürfen weder durch Großkraftwerke (GKW) noch durch Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PFFA) noch durch Windkraftanlagen (WKA) zerstört werden. Neue Anlagen mitten im Wald sind abzulehnen.

Mit dem Wegfall der heimischen Steinkohle werden die Kraftwerke überwiegend mit Kohle aus dem Ausland betrieben. Wir sind uns dabei bewusst, dass die ausländische Kohle zurzeit unter massiven umwelt- und menschenverachtenden Bedingungen abgebaut wird.

DIE LINKE unterstützt die Möglichkeit der Bürgerbefragung bei der Implementierung von Anlagen. Die Bürgerbeteiligung bei allen Großprojekten muss in jedem Stadium der Planungen sichergestellt werden. Vor dem Bau neuer Anlagen zur Energiegewinnung und Energieerzeugung muss verpflichtend das Votum der Betroffenen eingeholt werden.

Mögliche gesundheitliche Beeinträchtigungen durch den Bau neuer Anlagen müssen stärker als bisher berücksichtigt werden. Im Falle von Kraftwerken und Windkraftanlagen sollte die 10-H-Regelung Anwendung finden, wonach der Abstand zwischen einer Anlage und der Wohnbebauung das Zehnfache der Höhe der Anlage beträgt.

DIE LINKE will die Energiewende sozial fair, ökonomisch und ökologisch gestalten. Sie wird auf eine kluge Nutzung von Strom, Wärme und Kraftstoffen sowie den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und der erneuerbaren Energien setzen. Das schafft sichere Beschäftigung und bezahlbare Energie aus heimischer Produktion. Gleichzeitig kann die Senkung des Ausstoßes von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) um 80 Prozent bis 2050 gegenüber 1990 erreicht werden. Dabei dürfen die Belange der Beschäftigten in der Energiewirtschaft nicht beiseitegeschoben werden. Nur gemeinsam mit ihrem Wissen kann die Energiewende gelingen.

Das grundsätzliche Ziel ist klar: Wir wollen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß deutlich senken, das Kapitel Kernkraft beenden und dennoch bezahlbare Energie für alle gewährleisten. Gerade das Saarland als Industrieland ist dabei auf bezahlbare und sicher verfügbare Energie angewiesen. Um diese Ziele zu erreichen, sind neben einem Ausbau erneuerbarer Energien sowohl eine Erhöhung der Energieeffizienz als auch eine Reduzierung des Energiebedarfs entscheidend.

Ein zentraler Baustein ist die Wärmedämmung. Der Gebäudesektor verursacht zurzeit noch rund ein Drittel der deutschen Treibhausgas-Emissionen. Eine energetische Sanierung von Häusern ist dringend nötig – Bund und Land müssen hier mehr tun als bisher. Zurzeit ist für die Nutzer die Heizkostensparnis nach einer energetischen Sanierung in der Regel noch deutlich niedriger als die Jahreskosten der Sanierungsmaßnahme. Diese Finanzierungslücke muss geschlossen und die öffentliche Förderung entsprechend erhöht werden. Unser Ziel ist es, dass durch moderne Konstruktion und Dämmung sowie den Einsatz regenerativer Energie für Heizwärme keine fossile Energie mehr benötigt wird und im Neubau Nullenergiehäuser vorgeschrieben sind. Die Sanierung von Altbauten muss gleichzeitig vorangetrieben werden, damit Deutschland einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand erhält. Im Saarland sollte mit einer Modellsiedlung der Anfang gemacht werden.

Die Energiewende darf nicht zu unvermeidbaren Preiserhöhungen führen, die vor allem einkommensschwache Haushalte überfordern würden. Die Grundversorgung mit Energie ist für alle zu gewährleisten. Von den Energieversorgern verhängte Strom- und Gassperren sind unzulässig. Energie ist ein Gemeingut, ihre Herstellung und das Leitungsnetz gehören in die öffentliche Hand.

Wir benötigen ein auf dezentrale Energieerzeugung ausgerichtetes „Kraftwerks-Erneuerungs-programm“, denn die Energieversorgung der Industrie braucht langfristige Planungssicherheit. In Zusammenarbeit mit ortsansässigen Unternehmen könnte ein saarlandspezifisches KWK-Kraftwerk entwickelt werden. Dieses könnte die vorhandenen Altanlagen nacheinander ersetzen und das Wärmenetz sichern und erweitern. Der Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW) als hocheffiziente Brückentechnologie und Kapazitätsreserve sollte deutlich stärker gefördert werden. Öffentliche Gebäude und Mehrfamilienhäuser können so ihre Energieerzeugung modernisieren.

DIE LINKE unterstützt die im Zusammenhang mit dezentraler Energieversorgung vorhandene Möglichkeit zur Gründung von Energiegenossenschaften und das Bestreben, sich auf der kommunalen Ebene soweit wie möglich energieautark zu machen.

Die Rekommunalisierung der Energieinfrastruktur spielt eine wesentliche Rolle, um dabei einen geregelten Übergang zu gewährleisten. Die Übernahme oder Beteiligung der öffentlichen Hand an den Versorgungsunternehmen sollte durch gesetzliche Rahmenbedingungen erleichtert werden. Damit Strom tatsächlich bezahlbar bleibt und die großen Energiekonzerne die Preise nicht allein nach Profit-Gesichtspunkten unter sich ausmachen können, strebt DIE LINKE eine staatliche Strompreisaufsicht mit Zuständigkeit der Länder an. Unberechtigte Ausnahme- und Befreiungsregelungen für die Industrie bei Ökosteuer und Energieabgaben müssen abgeschafft werden.

DIE LINKE fordert den Ausbau der erneuerbaren Energien. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der verstärkten Nutzung der Sonnenenergie zu. Auch Bioenergie mit Schwerpunkt Biogas und Windkraft stellen wichtige Felder dar. Dabei gilt insbesondere für die Bioenergie der Grundsatz möglichst lokaler Produktion ohne Verbrauch wichtiger Flächen für die Nahrungsproduktion.

Die Solarenergie wollen wir dezentral und bürgernah ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass Solarzellen und Solarthermie deutlich stärker auf Behördendächern von Land und Kommunen zum Einsatz kommen. Die Kürzung der Solarförderung für Privathaushalte, die mit einer eigenen Solaranlage selbst Strom erzeugen, halten wir für falsch. Gerade im Saarland, als Land der Häusle-Bauer mit der höchsten Eigenheim-Quote, profitieren viele Bürgerinnen und Bürger auch mit weniger großem Geldbeutel von der Förderung. Das Land sollte Solaranlagen auf privaten Dächern daher finanziell wieder bezuschussen, wie dies in den 90er Jahren geschehen ist.

DIE LINKE tritt für eine Änderung des Landesentwicklungsplans ein, damit das Land Vorranggebiete für Windkraftanlagen ausweisen kann, um einen Wildwuchs von Windkraftanlagen zu vermeiden.

Wer erneuerbare Energien ausbauen will, der muss zunächst auch moderne Stromspeichertechnologien entwickeln und fördern. Energiespeicher existieren jedoch kaum, die Stromnetze sind noch auf „Grundlast“ eingestellt. Wir wollen die Forschung und Entwicklung von Stromspeichern daher deutlich intensivieren und den Umbau der Stromnetze konsequent vom Endpunkt einer erneuerbaren Vollversorgung her angehen. Die Möglichkeit der Errichtung von Pumpspeicherkraftwerken in ehemaligen Bergwerken ist zu prüfen. Unser Land braucht Energiesicherheit.

### **...mobil**

Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Menschen müssen täglich zu ihrem Arbeitsplatz, sie fahren zum Einkaufen oder wollen Verwandte oder Freunde besuchen. DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, beruflich und in der Freizeit mobil zu sein. Wir wollen einen grundlegend neuen Ansatz in der Verkehrspolitik und diese nach dem ausrichten, was für die Menschen, für die Wirtschaft und für Gäste notwendig ist.

Das Saarland hat das dichteste Autobahnnetz aller bundesdeutschen Flächenländer. Bis auf ein Teilstück auf der A8 zwischen Merzig und Luxemburg sind die Autobahnen vierspurig ausgebaut. Zahlreiche Abschnitte und Brücken müssen aber dringend saniert werden, was enorme finanzielle Mittel der Bundesebene verbrauchen wird. DIE LINKE tritt dafür ein, dass die notwendigen Sanierungen absoluten Vorrang vor möglichen Neubauprojekten haben.

Für die Attraktivität der Landeshauptstadt als liebenswerte Metropole wäre eine Untertunnelung der Stadtautobahn eine wesentliche Verbesserung. Als Baulastträger der Autobahn ist der Bund für Lärm-, Hochwasser- und Gefahrenschutz und damit für die Finanzierung der Untertunnelung zuständig. Bis auf weiteres erscheint dieses Projekt eher unrealistisch. Dennoch bleibt es eine politische Forderung der Partei DIE LINKE.

Der Saarbrücker Flughafen in Ensheim ist auf Grund der Schließung des benachbarten Flugplatzes in Zweibrücken vorerst gerettet. Dennoch erwartet die zuständige EU-Verwaltung, dass Regionalflughäfen zukünftig ohne Zuschussfinanzierungen der Landesebene auskommen. Da es auf dem Ensheimer Flughafen keine weiteren Einsparpotentiale gibt, muss es seitens der Einnahmen ein Plus geben. Dies ist nur durch zusätzliche Verkehrsangebote zu erzielen. Dazu gehören die bestehenden innerdeutschen Verbindungen nach Berlin und Hamburg ebenso wie neue Strecken nach München und Leipzig/Dresden, die es in der Vergangenheit bereits gegeben hat. Darüber hinaus sind zusätzliche touristische Reiseziele erstrebenswert. Der Ensheimer Flughafen benötigt eine ordentliche Anbindung an das Netz des öffentlichen Verkehrs, statt einer einzelnen Regionalbuslinie, die teilweise dann fährt, wenn ein Flugzeug gerade gestartet ist.

Bis auf wenige Intercity-Verbindungen ist das Saarland vom Fernverkehr der Bahn abgekoppelt. Neben der attraktiven TGV/ICE-Verbindung nach Paris ist absolute Tristesse eingezogen. Selbst diese Verbindung steht mittelfristig vor dem Aus, da die parallele TGV-Strecke über Straßburg wenige Minuten schneller ist. Als LINKE sehen wir weitere Investitionen in den Hochgeschwindigkeitsverkehr (über 250 km/h) sehr kritisch, weil dadurch Gelder verbraucht werden, die letztlich für attraktive Angebote in der Fläche fehlen. Notwendig sind getaktete und preiswerte Fernverkehrsverbindungen nach Mannheim/Stuttgart, nach Mainz/Frankfurt, nach Trier/Köln sowie nach Luxemburg, Metz und Straßburg. Hier kann eine Verbesserung der bestehenden Regional-Express-Züge genauso zum Ziel führen wie ein Umdenken bei der Deutschen Bahn AG. Dort muss die Erkenntnis einziehen, dass der Wettbewerb mit dem Flugzeug um schnellere Verbindungen auch mit dreistelligen Millionenbeträgen nicht zu gewinnen ist.

Fernlinienbusse sind für viele Reisende, denen die Bahn zu teuer ist, eine Alternative. Allerdings kommen die vergleichsweise günstigen Preise deshalb zu Stande, weil die Busfahrer im Vergleich zu den Lokführern viel schlechter bezahlt werden und die Fernlinienbusse keine Maut zahlen müssen. Für DIE LINKE ist es nicht hinnehmbar, das Regionalzüge, IC oder ICE für jeden Kilometer und für jeden Halt in einem Bahnhof bezahlen müssen, während Fernlinienbusse die öffentliche Infrastruktur kostenfrei nutzen dürfen – und statt der Busbetreiber die Kommunen auch noch die Haltestellen und Busbahnhöfe finanzieren.

Das Saarland hat die höchste „pro-Kopf-Dichte“ an zugelassenen PKW. Ursache dafür sind nicht zuletzt die lückenhaften Angebote im ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) und die ländliche Siedlungsstruktur, die bereits in Saarbrücker Vororten ihren Anfang nimmt. Auch im Bereich der Straßensanierung zeigt sich: Die Kommunen brauchen endlich wieder eine ordentliche finanzielle Ausstattung, damit Sanierungsarbeiten rechtzeitig ausgeführt werden können. Werden schadhafte Straßen frühzeitig ausgebessert, spart dies viel Geld im Vergleich zu späteren Sanierungsarbeiten, die dann wesentlich umfangreicher ausfallen. Eine Straßen-Zwangsabgabe für Anlieger hingegen lehnt DIE LINKE ebenso ab wie eine PKW-Maut.

Im Bereich der Saarbahn wäre ein weiterer Ausbau wünschenswert: Neben der fertiggestellten Verbindung Saargemünd-Saarbrücken-Lebach könnten etwa auch Linien nach Forbach und über die Universität bis nach Dudweiler gebaut werden. Darüber hinaus macht eine Verlängerung von Lebach auf der noch vorhandenen, aber stillgelegten Bahnstrecke nach Dillingen Sinn. Allein hier könnten tausende Beschäftigte der Dillinger Hütte, der Ford-Werke und der zahlreichen Zulieferer im Berufsverkehr die Saarbahn nutzen. Eine Alternative

zur schienengebundenen Straßenbahn wären sogenannte Metro-Busse – große Gelenkbusse mit Oberleitung, wie sie in Frankreich erfolgreich eingesetzt werden.

Im Regionalverkehr hat es in den letzten Jahren sinnvolle Taktverdichtungen gegeben. Dennoch hängt die Finanzierung des ÖPNV am seidenen Faden der Finanzierungsmöglichkeiten durch den Bund. DIE LINKE fordert eine deutliche Aufstockung der sogenannten Regionalisierungsmittel durch den Bund. Neben dem aktuellen Betrieb von Regionalexpress (RE), Regionalbahnen (RB) und Regionalbussen müssen die Angebote in der Fläche verbessert werden. Dazu gehört vor allem die Verlängerung der S-Bahn von Kaiserslautern/Homburg nach Zweibrücken. Das Saarland muss seinen Widerstand gegen diese sinnvolle Bahnreaktivierung endlich aufgeben und kooperativ mit unserem Nachbarland zusammenarbeiten.

Aus touristischer Sicht ist die Erhaltung der Strecken Merzig-Losheim am See und auf der Ostertalbahn erforderlich. Darüber hinaus fordert DIE LINKE die Reaktivierung der Hochwaldbahn zwischen Türkismühle und Hermeskeil. Gerade die intensive touristische Förderung dieser Region macht eine Anbindung an das ÖPNV-Netz unumgänglich.

Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer spielen in der Verkehrsplanung oft eine untergeordnete Rolle. Zu Unrecht. Bereits auf dem Weg zu seinem PKW ist der Autofahrer erst einmal ein Fußgänger. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Radverkehrsstreifen weiter gefördert und ausgebaut werden, dass Rad- und Fußwege nicht als Parkplätze missbraucht werden und dass der Radverkehr sowohl im Alltagsverkehr wie auch bei der touristischen Nutzung eine höhere Aufmerksamkeit bekommt. Beim Anlegen von Fahrbahnüberquerungen für Fußgänger muss der so genannte Zebrastreifen Vorrang vor Ampelanlagen haben. Er ist für alle Verkehrsteilnehmer die sicherere und kostengünstigere Variante.

In den saarländischen Kommunen wurden viele Verbindungen gestrichen oder stark eingeschränkt. Immer wieder wurde dies mit Unrentabilität und zu wenigen Fahrgästen begründet. Deshalb muss für den Nahverkehr von Bussen und Bahnen eine vollkommen neue Variante der Finanzierung ernsthaft geprüft werden: die Nahverkehrsabgabe.

Das Beispiel des saarländischen Semestertickets in den neunziger Jahren hat eindrucksvoll gezeigt, dass eine allgemeine Abgabe aller Beteiligten ein kostengünstiges Mobilitätsangebot für alle schafft. Zahlten etwa jede Saarländerin und jeder Saarländer mit regelmäßigem Einkommen eine Nahverkehrsabgabe in Höhe von rund 20 Euro monatlich, könnte man sich den Verkauf von Einzel- und Monatsfahrkarten komplett sparen.

DIE LINKE steht dafür, dass öffentliche Gelder verstärkt in den laufenden Betrieb und in die Sanierung investiert werden. Wer mobil sein will oder mobil sein muss, der braucht ein attraktives und bezahlbares Angebot.

### **...naturnah**

Die Mehrheit der saarländischen Verbraucherinnen und Verbraucher lehnt gentechnisch manipulierte Lebensmittel ab. Die Auswirkungen der Gentechnik-Produkte auf Menschen, Tiere und Umwelt sind bislang noch unbekannt. Das Saarland darf nicht zu einem Freiland-Versuchsgebiet für profitorientierte Firmen werden, denn mögliche negative Auswirkungen tragen später die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Landwirte, die Obst- und Waldbauern und unser Öko-System. Nötig ist daher ein striktes Verbot von gentechnisch veränderten Pflanzen im Saarland. Gentechnik in der Landwirtschaft geht zudem mit Monokulturen und dem verstärkten Einsatz von Pestiziden einher. Monokulturen veröden nicht nur die

Landschaft, sie bedrohen auch die Artenvielfalt, da sie natürlichen Lebensraum einschränken. Pestizide belasten die angebauten Produkte und gegebenenfalls auch das Wasser.

Das Saarland war schon auf Grund seiner Landesfläche noch nie eine Agrar-Großregion. Gerade den kleinen und mittleren Betrieben der saarländischen Landwirtschaft sowie den Obst- und Waldbauern, die sich täglich dem Druck der industriellen Großproduktion ausgesetzt sehen, muss das Land unterstützend zur Seite stehen. DIE LINKE macht sich dafür stark, die heimischen Bauernbetriebe vor dem großen Konkurrenzdruck durch gentechnisch manipulierte billige Massenproduktion zu schützen. Die Etablierung eines Prüfsiegels nach den Kriterien biologischer Vielfalt, gentechnikfreier Produktion, Vermeidung von Düngemitteln und Pestiziden sowie fairer Vermarktung für die regionalen Produkte muss zeitnah erfolgen. Die Nahversorgung mit gesunden Lebensmitteln, der Erhalt der bäuerlichen Existenzen und die Bewahrung der ländlichen Kulturlandschaft im Saarland können nur durch die konsequente Umsetzung einer ökologischen Landwirtschaft gelingen.

Nötig sind stärkere Anreize, damit die Verschmutzung der saarländischen Gewässer durch Düngemittel eingeschränkt wird. Zudem müssen die vorhandenen Kläranlagen modernisiert werden, um die Belastung der Gewässer abzumildern. Wir brauchen stärkere Anreize für vergrößerte Brachflächen und für eine ökologische Schädlingsbekämpfung. Das schon bestehende Schulobst- und –gemüseprogramm muss signifikant ausgeweitet und durch begleitende Informationsangebote unterfüttert werden.

DIE LINKE spricht sich gegen Massentierhaltung aus und unterstützt eine Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe in der Nahrungsmittelproduktion.

### **...tierlieb**

DIE LINKE tritt auf allen Ebenen dafür ein, die Rechte der Tiere und ihre Stellung in der Gesellschaft zu stärken. Grundsatz linker Tierschutzpolitik ist es, Tiere als Mitgeschöpfe wahrzunehmen, deren Leben und Wohlbefinden schützenswert sind und sie vor Leiden und Schäden zu bewahren. Daher fordert DIE LINKE das Verbot von Tierversuchen und die weitere Erforschung von Alternativmethoden im Forschungssektor.

Tiergerechte Haltung von Wildtieren ist im Zirkus nicht möglich. Nicht artgerechte Unterbringung und Transporte sowie fehlende Rückzugsmöglichkeiten führen bei den Tieren zu Dauerstress. Ferner leiden sie unter den tierschutzwidrigen Dressurbedingungen. Wildtierhaltung zur Befriedigung von Schaulust ist ein Verstoß gegen das Tierschutzgebot des Grundgesetzes. Nicht nur Fachorganisationen, auch eine klare Mehrheit der Bevölkerung spricht sich deutlich für ein Verbot dieser artfremden Haltung aus. DIE LINKE fordert ein generelles Verbot von Wildtieren für mobile Schausteller jeglicher Art. Im Saarland darf es dafür keine Standplatzgenehmigungen auf öffentlichen Freiflächen mehr geben.

Etwa zwei Millionen herrenlose Katzen leben in Deutschland ohne Fürsorge und oft unter qualvollen Bedingungen. Ihre Vermehrung erfolgt weitgehend unkontrolliert. DIE LINKE fordert die Einführung einer Verordnung für Katzen, in der die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht ebenso wie die finanzielle Unterstützung durch Land und Kommunen bei der Durchführung geregelt sind. Entsprechende Verordnungen werden auch von Tierschutzorganisationen gefordert. Zahlreiche Städte haben sie bereits eingeführt.

Wildunfälle stehen leider immer noch auf der Tagesordnung. Man wird sie auch zukünftig nicht ausschließen können, aber es gibt wirksame Methoden um sie einzuschränken. DIE LINKE fordert den Ausbau von Schutzzäunen, das Anbringen von Reflektoren und die Einführung von angemessenen Tempolimits auf Landstraßen, um einen besseren Schutz für Menschen und Tiere zu gewährleisten.

Jahr für Jahr werden mehrere hunderttausend Reptilien und exotische Tiere nach Deutschland eingeführt. Diese Tiere werden meist unter qualvollen Bedingungen aus ihrem natürlichen Lebensraum gerissen. Eine artgerechte Haltung dieser Tiere kann meist nicht eingehalten werden. DIE LINKE fordert ein Import- und Haltungsverbot von Tieren, die für Mensch und Umwelt gefährlich sind. Zoologische Gärten mit anerkannter und nachweisbarer Vorgabe der artgerechten Haltung sind dabei auszunehmen. An Privatpersonen sollten nur noch nicht giftige und in ihrer Größe und Stärke mit heimischen Tierarten vergleichbare Tiere veräußert werden dürfen, die Privatpersonen in der Haltung nicht überfordern. Die Haltung sollte zwingend an einen Sachkundenachweis gekoppelt sein. Es kann und darf nicht sein, dass Privatpersonen giftige Spinnen, Skorpione, Würge- und Giftschlangen bis hin zu Alligatoren halten können, die im Falle eines Entlaufens akute Lebensgefahr für Menschen und heimische Tierarten bedeuten würden.

Die Situation in den saarländischen Tierheimen ist finanziell sehr angespannt. Die wachsenden finanziellen Belastungen durch steigende Nebenkosten bei Energie aber auch die laufenden Ausgaben für Tierärzte und Medikamente sind oft kaum zu stemmen. Oft fehlt es an finanziellen Mitteln, um ausreichend und vor allem qualifiziertes Personal in der Tierpflege einstellen zu können. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine rechtliche Regelung auf Landesebene ein, mit der Finanzierung und Ausstattung von Tierheimen sichergestellt werden.

### **3.5 Unser Saarland – vor Ort, bürgernah und demokratisch**

#### **...vor Ort**

Auftrag linker Kommunalpolitik ist es, politische Angebote so zu gestalten, dass sie zu konkreten Verbesserungen der Lebenssituation der Menschen in den Städten und Gemeinden führen. Wir wollen die Einwohnerinnen und Einwohner, Initiativen, Vereine und Verbände verstärkt an den kommunalen Entscheidungsprozessen beteiligen. Wenn die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erleben, dass sie selbst Demokratie und demokratische Prozesse gestalten können, steigt das Interesse an Politik und auch die Beteiligung an Wahlen wird wieder zunehmen. DIE LINKE will, dass die kommunalen Vertretungen und Verwaltungen die bereits vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten intensiv nutzen und erweitern.

DIE LINKE tritt für eine transparente und an den Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner ausgerichtete Arbeitsweise von Kommunalvertretungen ein. Das bedeutet zum Beispiel grundsätzlich öffentliche Sitzungen aller Gremien der Kommunalvertretung und die Veröffentlichung der gefassten Beschlüsse und Niederschriften. Zur Transparenz gehört für uns auch die Einrichtung von Bürgerhaushalten.

DIE LINKE kämpft auf allen politischen Ebenen gegen eine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und tritt für eine Re-Kommunalisierung bereits privatisierter öffentlicher Leistungen ein.

Die Städte und Gemeinden im Saarland gehören zur bundesweiten Spitze bei der Pro-Kopf-Verschuldung. Die Situation der kommunalen Haushalte im Land ist dramatisch – ganz unabhängig von den vor Ort regierenden Parteien. Im Jahr 2013 waren landesweit 35 der 52 Städte und Gemeinden verpflichtet, einen Haushaltssanierungsplan aufzustellen. Infolgedessen hat die kommunale Ebene im Land auch einen erheblichen Investitionsstau zu verzeichnen. Grund dafür sind vor allem die schlechte Einnahme-Situation und das durch die Schuldenbremse verordnete Kürzungsdiktat. Damit kommt es zu einer schleichenden Zerstörung der Infrastruktur. Die Lasten der Sanierung werden auf zukünftige Generationen verlagert. Bei den Personalausgaben liegen die saarländischen Kommunen mit 627 Euro pro Einwohner und Jahr deutlich unter dem Schnitt der Flächenländer (669 Euro). Personalabbau wäre also der falsche Weg. Die Landesregierung belastet die Kreise und Kommunen durch ihre Kürzungspolitik. Nach wie vor müssen die Kommunen für Maßnahmen bezahlen, die auf Landes- oder Bundesebene entschieden worden sind, beispielsweise die

wichtigen und sinnvollen Aufgaben der Inklusion, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention oder der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze.

Um die saarländischen Städte und Gemeinden wieder stark und handlungsfähig zu machen, fordert DIE LINKE folgende Sofortmaßnahmen: In der Landesverfassung sollte ein striktes Konnexitätsprinzip verankert werden („Wer bestellt, bezahlt“). Ohne Zustimmung der Städte und Gemeinden sollte das Land keine Projekte und Maßnahmen mehr beschließen, die für die Kommunen zu Mehrausgaben führen. Der kommunale Kulturbeitrag in Höhe von 16 Millionen Euro muss abgeschafft und eine faire Altlastenregelung für Städte und Gemeinden gefunden werden. Die Gewerbesteuer-Umlage wollen wir abschaffen, so dass alle Einnahmen aus der wichtigsten kommunalen Steuer bei den Kommunen verbleiben. An die Stelle der kommunalen Schuldenbremse sollen Entschuldungshilfen des Landes und des Bundes treten. Insgesamt ist eine aufgabengerechte und angemessene Finanzierung der Kommunen sicherzustellen, auch durch die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer, die alle Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmen und selbstständig Tätigen zahlen müssen. Beim Kommunalen Finanzausgleich will DIE LINKE den tatsächlichen Bedarf der einzelnen Städte und Gemeinden künftig stärker berücksichtigen. Die kommunale Struktur im Land muss überprüft werden. Dabei soll die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden. Aufgaben, die vor Ort in Stadt oder Gemeinde angegangen werden, sollen auch auf gemeindlicher Ebene bleiben und nicht an Land oder Kreise verlagert werden. Die Sonderlasten, die die Stadt Saarbrücken als Regierungssitz, einzige Großstadt der Region, einziger Träger einer Berufsfeuerwehr sowie Uni-, Kongress- und -Messestadt für das ganze Land trägt, müssen anerkannt und der Großraum Saarbrücken weiterentwickelt werden.

### **...sicher**

Der Schutz der Bevölkerung ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. DIE LINKE ist überzeugt, dass eine ausreichend personalisierte und motivierte Polizei einen Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit der Menschen im Saarland leisten kann. Die vermeintliche Gewährleistung öffentlicher Sicherheit durch unzulässige Einschränkungen von individuellen Grund- und Freiheitsrechten der Bürgerinnen und Bürger lehnen wir jedoch ab. In diesem Spannungsfeld wird öffentliche Sicherheit im Saarland zu diskutieren sein.

Prävention hat für DIE LINKE im Saarland einen hohen Stellenwert und ist wirkungsvoller als eine verstärkte Repression. Daher ist durch enges Zusammenwirken von Kommunen und Polizei eine kommunale Kriminalitätsprävention deutlich auszubauen.

DIE LINKE steht für eine bürgernahe Polizei, die vor Ort präsent ist. Der von der jetzigen Regierung geplante Stellenabbau von 300 Polizisten bis zum Jahr 2020 ist verantwortungslos und gefährdet eine einwohnernahe, zuverlässig und demokratisch organisierte Polizei. Es ist eine bedenkliche Entwicklung im Saarland, dass sich mittlerweile Bürgerinnen und Bürger selbst für die Sicherheit verantwortlich fühlen und etwa Bürgerwehren gründen. Dies ist eine Folge des Kürzungsprogramms der Landesregierung. Wer angesichts steigender Kriminalitätsraten und eines wachsenden Unsicherheitsgefühls in der Bevölkerung sowie eines Rekord-Überstundenberges bei der Polizei im Land weiter Stellen streichen will, handelt unverantwortlich. Kriminalität nimmt keine Rücksicht auf die Kassenlage eines Landes. Daher wollen wir den derzeitigen Stellenabbau zumindest so lange aussetzen, bis nach einer Aufgaben- und Strukturanalyse über den notwendigen Personalbesatz bei der Polizei neu entschieden werden kann.

DIE LINKE setzt sich für die Einführung einer Regelbeförderung in allen Laufbahngruppen ein. Zu einer erfolgreichen und motivierten Polizei gehören ferner gute Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

DIE LINKE lehnt jegliche Privatisierungen von Aufgaben der öffentlichen Sicherheit prinzipiell ab. Dazu gehören auch Wachdienste privater Sicherheitsunternehmen zu bestimmten Zeiten.

Wir wollen eine transparente Polizei. Dazu gehört eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, wie sie in zahlreichen anderen Bundesländern üblich ist, sowie die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle.

Geheimdienste untergraben die Demokratie. Dies wurde zuletzt durch den NSU-Skandal und die Abhöraffaire durch die NSA eindrucksvoll belegt. Das wesentliche Merkmal von Geheimdiensten besteht darin, fernab von öffentlicher Kontrolle zu arbeiten. Dies steht im Widerspruch zur Demokratie. Geheim tagende parlamentarische Kontrollgremien und -ausschüsse können diesen Widerspruch nicht auflösen. Immer wieder wurde der Verfassungsschutz von CDU, CSU und SPD in Bund und Ländern eingesetzt, um politische Gegner, etwa konkurrierende Parteien, Globalisierungskritiker oder antifaschistischen Widerstand zu kontrollieren, zu bekämpfen und zu diffamieren. Geheimdienste schützen nicht die Verfassung, sondern beschädigen sie. DIE LINKE fordert daher die Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz. Die dadurch frei werdenden Stellen können in anderen Bereichen der Landesverwaltung und der Polizei sinnvoller eingerichtet werden.

Als ersten Schritt zur völligen Abschaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz sollte das Saarland dem Beispiel Thüringens folgen und sämtliche geheime, freie Mitarbeiter, sogenannte V-Leute, „abschalten“. V-Leute sind seit Jahren der Grund dafür, dass die rechtsextreme NPD noch nicht verboten ist, stattdessen staatliche Mittel erhält und mit Segen des Rechtsstaates Aufmärsche organisieren kann. Im Zuge der Ermittlungen zur NSU-Affäre kommen immer mehr Details ans Licht, die belegen, dass V-Leute des Verfassungsschutzes die Neonazi-Szene aufgepäppelt und Anschläge eben nicht verhindert haben. Es drängt sich der Verdacht auf, dass durch diese Leute die Neonazis Zugriff auf Informationen und über den Verfassungsschutz bekommen haben. Daher muss jegliche Zusammenarbeit mit ihnen schnellstens eingestellt werden.

Der Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt ist für uns eine gesellschaftlich wichtige Pflichtaufgabe und sollte auf Bundesebene auch rechtlich als solche verankert werden. Im Saarland will DIE LINKE die Finanzierung von Schutz- und Hilfseinrichtungen wie den Frauenhäusern sichern. Die Verherrlichung von Gewalt gegen Frauen in den unterschiedlichsten Medien muss konsequent bekämpft werden.

Wir wollen aktiv gegen die vielfältigen Formen von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung vorgehen. Eine Kriminalisierung von Prostituierten lehnen wir dabei ab. Repressionen führen nicht zu mehr Schutz vor Gewalt, sondern verdrängen Sexarbeit nur in dunkle Ecken. Dort aber sind weder Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter noch Freier für Prävention und Beratung erreichbar. Das Risiko der sich prostituierenden Frauen und Männer, Opfer von Gewalt zu werden, erhöht sich drastisch.

### **...gerecht**

Die Unabhängigkeit der Justiz ist für DIE LINKE von maßgeblicher Bedeutung für das Funktionieren eines demokratischen Rechtsstaates. Gesetzgebung, Gesetzestexte, Verfahrensläufe, Entscheidungen und Bescheide müssen für die Bürgerinnen und Bürger verständlich und nachvollziehbar sein.

DIE LINKE will die Unabhängigkeit der Justiz im Saarland nach europäischen Standards ausbauen. Wir setzen uns für eine selbstverwaltete, institutionell unabhängige Justiz ein, um den Einfluss der Politik bei Einstellungs- und Beförderungsangelegenheiten zurückzudrängen. Die Judikative muss die Exekutive kontrollieren und nicht umgekehrt.

DIE LINKE streitet für eine aufgabengerechte Personal- und Sachausstattung der Gerichte und für den Erhalt von Gerichtsstandorten. Die zehnpromzentige Absenkung der Eingangsgehälter für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte muss ebenso rückgängig gemacht werden wie die Verzögerung von Besoldungserhöhungen mittlerer und höherer Gehaltsgruppen. Die vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Kriterien für eine angemessene Richterbesoldung müssen auch im Saarland Gültigkeit haben. Der von CDU und SPD geplante Personalabbau in der Justiz muss umgehend gestoppt werden, um die lange Dauer von Verfahren sowie weitere Arbeitsverdichtungen zu vermeiden.

Einschränkungen der Prozesskostenhilfe und Gebührenerhöhungen mindern die Chancen vieler Menschen, ihre Rechte gegebenenfalls auch gerichtlich durchsetzen zu können. Wir wollen Gerichtsgebühren sozial staffeln, damit sie niemandem den Rechtsweg versperren. Rechtsstaatlichkeit muss für alle gelten. Außergerichtliche Konfliktlösungsverfahren wie die Mediation können außerdem zu einer Entlastung der Gerichte beitragen.

Grundsätzlich gilt: Gute Sozialpolitik ist der beste Schutz vor Kriminalität. Beim Justizvollzug setzen wir klar auf Resozialisierung. Sie ist der beste Schutz vor weiteren Straftaten und damit auch der beste Schutz für die Bevölkerung. Angebote für Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die Zahl der Arbeitsmöglichkeiten während der Haft leisten dabei einen wichtigen Beitrag und sollten ausgebaut werden. Die notwendige medizinische und therapeutische Versorgung und soziale Betreuung muss entsprechend gewährleistet werden. Die engagierte Arbeit der Justizvollzugsbediensteten muss entsprechend vergütet und die Mitbestimmung der Beschäftigten gestärkt werden. Aufgrund der hohen psychischen Belastung der Justizvollzugsbediensteten müssen ausreichende Angebote für Supervision vorhanden sein.

...bürgerfreundlich

Soziale Rechte und Bürgerrechte gehören für uns untrennbar zusammen. Sie gelten für alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Herkunft, Behinderung, Religion, sozialer oder ethnischer Herkunft.

Der Schutz persönlicher Daten ist ein Bürgerrecht. Deshalb lehnen wir die Überwachung der Telekommunikation, Wohnraumüberwachung, Online-Durchsuchungen, Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung und andere unkontrollierte Überwachungsinstrumente ab. Wir fordern, dass die Polizei im Saarland nicht länger Daten über die Gesundheit von Tatverdächtigen als „personenbezogenen Hinweis“ speichern darf. Saarländerinnen und Saarländer in den polizeilichen Datenbanken als „geisteskrank“ zu speichern oder ihre (mögliche) HIV-Infektion aufzuzeichnen und sie so zu stigmatisieren, lehnen wir ab.

Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist ein Bürgerrecht. DIE LINKE hat die Verschärfung des Polizeigesetzes im Saarland daher abgelehnt. Wir sind dagegen, dass die Polizei nun ohne Anlass Identitätskontrollen an allen Orten durchführen darf, an denen der Prostitution (vermeintlich) nachgegangen wird, ganz unabhängig von dem konkreten Verdacht einer Straftat.

Transparenz ist ein Bürgerrecht. Auskunfteien wie Schufa, Creditreform und Infoscore sollen ihre Bewertungsgrundlagen offenlegen und künftig nur noch Daten über das tatsächliche Zahlungsverhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher sammeln dürfen – und nicht mehr über Alter, Geschlecht, Wohnort oder etwa die Anzahl der Umzüge. Zudem sollen sie verpflichtet werden, Verbraucherinnen und Verbrauchern über die Speicherung ihrer Daten schriftlich zu informieren. Die meisten Bürgerinnen und Bürger wissen gar nicht, wer welche Daten über sie gesammelt hat und können mögliche Fehler daher auch nicht korrigieren. Da die öffentliche Daseinsvorsorge jedem gleichermaßen zur Verfügung stehen muss, sollte es Wohnungsbau-

Gesellschaften und anderen entsprechenden Einrichtungen in öffentlicher Hand im Saarland untersagt werden, vorab eine Bonitäts-Anfrage einzuholen.

Bürgerrechte müssen auch im Internet gesichert sein. Dazu gehört etwa das Recht auf eine vollständige Löschung aller gespeicherten Daten.

Mitbestimmung ist ein Bürgerrecht. Wir wollen das Wahlrecht ab 16 Jahren und für alle, die seit mindestens fünf Jahren hier leben. Die parlamentarische Demokratie wollen wir weiterentwickeln durch verbesserte Formen der direkten Demokratie. Im Saarland sind die Hürden und Quoren in diesem Bereich noch besonders hoch. Wir wollen sie senken und die Möglichkeiten direktdemokratischer Beteiligungen ausbauen. Insbesondere die so genannte Amtseintragung bei Volksbegehren hat sich als Verhinderungsinstrument für die wirkliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erwiesen. Sie ist umständlich, bürokratisch und in der heutigen Zeit mit ihren technischen Möglichkeiten nicht mehr zu begründen. DIE LINKE will die Amtseintragung abschaffen. Im Gegenzug wollen wir die Möglichkeit von Online-Eintragungen und Abstimmungen per Briefwahl im saarländischen Volksabstimmungsgesetz verankern.

### **...verbrauchergerecht**

Verbraucherpolitik ist für DIE LINKE ein fester Bestandteil linker Wirtschafts- und Demokratisierungs-politik. Ob beim Kauf von Lebensmitteln, als Fahrgast oder im Internet: Immer wieder stehen den Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher die Interessen von Unternehmen gegenüber.

Wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher in den Mittelpunkt stellen und Märkte verbrauchergerecht regulieren. Wirksamer Verbraucherschutz braucht handlungsfähige und durchsetzungskräftige öffentliche Institutionen sowie starke, finanziell gut ausgestattete Verbraucherorganisationen. Daher fordern wir eine bessere finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale des Saarlandes, die im bundesweiten Vergleich der Verbraucherzentralen finanziell hinterherhinkt.

Ein zentraler Bestandteil linker Verbraucherschutzpolitik ist unser Kampf gegen Wucherzinsen. Mehr als 5.000 Saarländerinnen und Saarländer haben bei unserer Initiative für ein Volksbegehren unterschrieben. Wir haben mehrmals im Landtag den Antrag gestellt, das Sparkassengesetz zu ändern und den Zinssatz für Dispo- und Überziehungszinsen auf fünf Prozentpunkte über dem Leitzinssatz zu begrenzen. Sparkassen sind schließlich dem Allgemeinwohl verpflichtet. Im Saarland wollen wir Wucherzinsen bei den Sparkassen verbieten, auf Bundesebene streiten wir für ein generelles Verbot von Zinswucher bei allen Finanzinstituten.

### **4 Vorschläge der LINKEN zur Finanzierung**

Gerade für kleinere Bundesländer wie das Saarland ist eine leidenschaftliche Vertretung der eigenen Interessen gegenüber dem Bund unabdingbar, insbesondere vor dem Hintergrund der saarländischen Finanzsituation. Zwischen Mitte der Achtzigerjahre und den späten Neunzigerjahren ist dies auch immer wieder gelungen, etwa durch die Teilentschuldung des Saarlandes.

Von einer solchen Interessenvertretung ist das Saarland aber derzeit weit entfernt. Wir drohen abzurutschen: Das Wegbrechen von wichtigen Fernverkehrsverbindungen, die geringe Zahl der hier ansässigen

Bundesbehörden sowie die ungelösten Finanzprobleme zeigen deutlich, dass es der Landesregierung in Berlin an Einfluss fehlt.

Ein zentrales Ziel saarländischer Landespolitik muss die Wiederherstellung von Steuergerechtigkeit sein, um die öffentlichen Haushalte wieder in Ordnung zu bringen. Weil das Land selbst hierfür nur begrenzte Möglichkeiten hat, sind Initiativen im Bundesrat nötig, für die man auch Mehrheiten bei den anderen Ländern gewinnen muss. Viele von ihnen leiden ebenso wie das Saarland unter mangelnden Einnahmen. DIE LINKE will die Reichen und Superreichen wieder an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen und setzt sich für eine gerechtere Verteilung der Einnahmen von Bund, Ländern und Kommunen ein. Hier sehen wir einen Schwerpunkt unserer Aktivitäten auf Bundesebene.

Neben dringend notwendigen Finanzhilfen sind auch öffentliche Investitionen, Investitionshilfen und Standortentscheidungen für Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen eine Möglichkeit für das Land, wieder auf die Beine zu kommen. Seit Jahren aber wird das Saarland bei der Ansiedlung von Bundesbehörden benachteiligt. So sind seit 1995 rund ein Drittel der Stellen in diesem Bereich weggefallen. Damit fehlen wichtige Arbeitsplätze für Saarländerinnen und Saarländer. Eine selbstbewusste Landesregierung kann das nicht hinnehmen. Würde man hierzulande den Schnitt der anderen Bundesländer erreichen, dann gäbe es rund 1400 Bundesbedienstete an der Saar zusätzlich.

DIE LINKE im Saarland steht für eine deutlichere Vertretung von Landesinteressen gegenüber dem Bund. Wir wollen im Bundesrat immer wieder deutlich machen, wie eine gerechtere Politik aussieht und auch bei den anderen Ländern um Mehrheiten kämpfen. Ein zentrales Anliegen ist für uns die Heranziehung von Millioneneinkommen, großen Vermögen und Erbschaften zur Finanzierung des Gemeinwesens.

Wir wollen auf eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen hinwirken, mit der die Haushalte von Land und Kommunen finanziell endlich wieder so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben erledigen können.

Wir wollen auf die Ansiedlung neuer Bundesbehörden hinwirken und dadurch für mehr qualifizierte Arbeitsplätze im Saarland sorgen.

Wir wollen das Saarland nicht kleiner machen als es ist. Wir wollen vor allem als Land eigenständig bleiben. Dies werden wir selbstbewusst vertreten.

Die derzeitige Regierungskoalition aus CDU und SPD will unter dem Diktat der Schuldenbremse vornehmlich über Aufgabenkürzungen die Landesfinanzen sanieren. Initiativen zur Einnahmeverbesserung durch eine gerechtere Besteuerung beispielsweise von großen Vermögen und hohen Erbschaften sind nicht feststellbar. Es ist abzusehen, dass die Sparpolitik das anvisierte Ziel nicht erreichen wird. Trotzdem wird auf die Möglichkeiten der Einnahmeverbesserung vollkommen verzichtet – darunter leidet die Attraktivität des Landes, die Infrastruktur wird schleichend zerstört und die chronische Unterfinanzierung der Kommunen verschlimmert. Der Regierung fehlt ein klares und nachhaltiges Konzept für die Lösung der Altlastenfrage, für verbesserte Einnahmen und für eine gerechtere Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

DIE LINKE fordert eine wirkliche Altlastenhilfe für das Saarland. Diese kann angesichts einer möglichen Steigerung des Zinsniveaus nicht in einer Übernahme von Zinsen liegen, sondern nur in einer direkten Übernahme von Schulden.

Außerdem streben wir eine deutliche Anhebung der Steuer auf große Erbschaften an, die Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer auf 53 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen von

65.000 Euro im Monat sowie eine Entlastung von Facharbeiterinnen, Facharbeitern und mittleren Angestellten durch die Beseitigung des sogenannten Steuerbauchs bei der Einkommensteuer.

Unverzichtbar ist zudem die Wiedereinführung einer verfassungskonformen Vermögensteuer als Millionärsteuer, die ab einem Freibetrag von einer Million Euro greifen soll. Bereits ein Steuersatz von ein Prozent bedeutete für das Land ein Plus von rund 200 Millionen Euro jährlich. Mit dem von der LINKEN geforderten Steuersatz von fünf Prozent kämen dem Land noch deutlich mehr Einnahmen zugute.